

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 255.

Donnerstag, den 30. Oktober 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Siegestag des allgemeinen Wahlrechts.

Der 26. Oktober 1913 war ein bedeutungsvolles Datum in der Geschichte der europäischen Demokratie. An diesem Tage trat zum erstenmal die Masse des italienischen Volkes an die Urne, um sich ihre neue Volksvertretung zu wählen. Durch die Wahlreform Giolittis sind alle Italiener nur mit Ausschluß der noch nicht 30 Jahre alten Analphabeten in das volle Bürgerrecht eingeseht worden. Mehr als fünf Millionen neue Wähler waren diesmal zur Ausübung ihres Stimmrechts berufen. Das ist eine Tatsache, die auch uns in Deutschland, wo der Kampf um die grundlegenden Volksrechte dauernd auf der Tagesordnung steht, nicht gleichgültig sein kann.

Seit ungefähr der Mitte des 19. Jahrhunderts vollzieht sich in ganz Europa eine unaufhaltbare Entwicklung zur Demokratie. Nicht so schnell, wie es ihre Anhänger wünschen würden, nicht ohne Hemmungen, Reibungen, Fehlschläge geht die Bewegung von statten, und doch reißt sich schließlich überall der Fortschritt an. Überall liegt die tiefste Ursache der demokratischen Bewegung in der Lebensnotwendigkeit der arbeitenden Massen, die zur politischen Macht drängen. Aber nicht immer vollzieht sich die Entwicklung gradlinig. Zu der bewegenden Hauptursache treten Nebenursachen — Erwägungen herrschender Parteien, Dynastien und Staatsmänner — die den schließlichen Erfolg mit herbeiführen helfen. Kräfte, die in ihren Endabsichten einander vollständig entgegengesetzt sind, wirken zum gleichen Ziel zusammen. In England z. B. die Chartisten und die Liberalen, in Frankreich die Revolution und Napoleon III., in Deutschland Lassalle und Bismarck, in Oesterreich die Sozialdemokratie und das Haus Habsburg. In Bayern hat sich zeitweilig sogar der Klerikalismus mit der Sozialdemokratie zusammengesunden, um eine Entwicklung des Wahlrechts in demokratischer Richtung herbeizuführen.

Eine ähnliche Erscheinung beobachten wir jetzt in Italien. Dort haben Sozialisten und Republikaner seit Jahrzehnten für das allgemeine Wahlrecht gekämpft. In leidenschaftlichen Anstrengungen hat es nicht gefehlt, ebensowenig an Drohungen mit dem politischen Massenstreik, der unter den gegebenen wirtschaftlichen Umständen überall das letzte und äußerste Mittel bleibt, die Gewährung von Volksrechten zu erzwingen. Die Bewegung fand aber einen unübersteigbar scheinenden Damm an dem Widerstand der herrschenden Parteien, und das allgemeine Wahlrecht fand keinen heftigeren Gegner als den Minister Giovanni Giolitti. Jetzt hat derselbe Giolitti als Ministerpräsident eine der größten Wahlreformen vollzogen, die ein Land jemals gesehen hat; er hat die Zahl der Wahlberechtigten mit einem Schlage von 3 219 000 auf 8 572 000 gesteigert, und er hat nicht nur die plückerischen Beschränkungen des Wahlrechts sondern auch den Bildungszensus aufgehoben, so daß jetzt sogar Millionen von Analphabeten in Italien vollberechtigte Wähler geworden sind.

So wenig wie einst Bismarck hat Giolitti diese Umkehr aus Anlaß einer unmittelbaren Not vollzogen. Aber wenn für Bismarck das allgemeine Stimmrecht das große Mittel war, um die deutsche Einheit unter preussischer Führung zu begründen — sie es für Napoleon III. das Mittel war, sein Kaiserthum durch Plebiszite zu befestigen, für die Habsburger Monarchie, den zerfallenden Einflüssen der nationalen Kämpfe entgegenzuwirken — so sind für Giolitti ähnliche politische Erwägungen von gleicher Stärke nicht maßgebend gewesen. Weder gilt es in Italien die Einheit zu begründen, noch eine Diktatur aufzurichten, noch Strömungen zu bekämpfen, die der Macht der Herrschenden gefährlich zu werden drohen. Auch unter dem alten Wahlrecht hätte nach allgemeinem Urteil die gegenwärtige italienische Regierung ihre Herrschaft behauptet.

Der italienische Ministerpräsident selbst hat seine Wandlung mit den Erfahrungen des tripolitischen Krieges begründet, und erklärt, das italienische Proletariat habe den Beweis seiner politischen Reife auf dem Schlachtfelde erbracht. Wer für eine große Sache das Leben hinzugeben bereit wäre, der sei auch fähig, das Interesse des Vaterlandes auch bei den Wahlen zu wahren und habe ein Recht darauf, vom Staate als Vollbürger behandelt zu werden. Und so vollziehen sich die ersten allgemeinen Wahlen Italiens unter einer nationalitätlichen und imperialistischen Regierungspartei.

Niemand wird der Geschicklichkeit des italienischen Ministerpräsidenten das Zeugnis verweigern, daß sie für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts einen sehr

günstigen Zeitpunkt gewählt hat. Aber Wahlssysteme werden nicht eingeführt für heute und morgen, Stimmungen wechseln, und die italienischen Wählermassen, die heute noch imperialistisch begeistert sind, werden im Laufe der Jahre zu anderen Auffassungen kommen. Die nationalistische Hurrastimmung wird vorübergehen, aber das allgemeine Wahlrecht wird bleiben. Bleiben wird die zunehmende kapitalistische Entwicklung des Landes, bleiben wird der stürmische Drang des Proletariats nach sozialem Aufstieg, bleiben wird die sozialistische Bewegung, die auch in Deutschland zur Zeit der ersten allgemeinen Wahlen klein und zerplittert war und dennoch in vier Jahrzehnten zur Viermillionenpartei aufstieg.

An alledem wird auch Herr Giolitti nicht zweifeln. Und darum würde auch er das allgemeine Wahlrecht in Italien kaum gewährt haben, wäre er nicht von der Ueberzeugung durchdrungen gewesen, daß der Fortschritt der Demokratie auf die Dauer unvermeidlich ist und daß es sich für einen denkenden Staatsmann nur darum handeln kann, diesen Fortschritt in dem ihm günstigsten Augenblick in den ruhigsten Formen herbeizuführen. Indem sich Herr Giolitti mit dem Ruhm schmückt, ein freiwilliger Mehrer der Volksrechte zu sein, hat er nicht nur sein Vaterland vor sonst unausbleiblichen schweren Wahlrechtskämpfen bewahrt, sondern auch Nachfolger vor dem Schicksal geschützt, den Forderungen einer drohend erhobenen Volksmacht weichen zu müssen.

In Preußen-Deutschland suchen wir heute vergebens nach einem Giolitti, wir finden höchstens einen Bethmann und einen Dallwitz. Wir stoßen hier auch auf die große Schwierigkeit, daß die herrschende Partei nicht darauf rechnen kann, durch Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ihre Herrschaft zu erhalten, sie befürchtet vielmehr von ihr mit Recht die vollständige Zertrümmerung ihrer Macht. Aber wenn hier die Köpfe der leitenden Staatsmänner härter, die Widerstände der herrschenden Klassen stärker sind, so ergibt sich daraus nur die Folgerung, daß die ihnen entgegen gerichtete Bewegung desto energischer und kraftvoller auftreten muß.

Die Wahlrechtsbewegungen aller Länder zeigen in ihrem Anfang wie in ihrem Ausgang stets das gleiche Bild. Wir sehen leidenschaftliche Kämpfe, Mißerfolge, an Verzweiflung grenzende Hoffnungslosigkeit. Eines Tages aber findet sich die Bewegung am Ziel — sie weiß mitunter selber nicht wie! Preußen liegt aber nicht außerhalb der Welt, und die politische Entwicklung, die sich überall oft auf verschlungenen Wegen mit der Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Entwicklungsgehezes durchsetzt, kann nicht an den schwarzweißen Grenzpfählen Halt machen. Wir wissen noch nicht, wann, wie, unter welchen Umständen wir in Preußen das gleiche Wahlrecht bekommen werden, aber wir wissen, wir werden es einmal haben. Doch wollen wir nicht darauf warten, bis uns ein Wunder das Glück in den Schoß wirft, sondern tapfer darum kämpfen. Denn nur zum Scheine kommen die Erfolge der Wahlrechtsbewegungen manchmal von ungefähr. Das Geheimnis der Erfolge liegt darin, daß diese Bewegungen als dauernd wirkende Kraft vorhanden sind. Darum setzen sie sich durch, sei es im Moment ihrer höchsten Kraftanstrengung, sei es im Augenblick des geringsten Widerstandes. Im Sturm überwältigt oder müde der Belagerung, endlich ergibt sich die Festung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Preussisches Volksschulwesen.

Preußen zählt etwa 6½ Millionen Volksschüler. Wie das in Preußen kaum anders zu erwarten ist, heischen die meisten dieser Volksschüler Konfessionschulen. Nur 191 000 in den Städten und 177 000 auf dem Lande besuchen sogenannte Paritätsschulen, in denen die Schüler allerdings auch möglichst nach Konfessionen getrennt werden. Diese Seite des preussischen Volksschulunterrichts ist aber noch nicht die schlimmste. Bei weitem schlimmer ist, daß zu wenig Klassen und die Klassen überfüllt sind, so daß an einen geordneten Unterricht nicht zu denken ist. Nach einer Statistik, die im 231. Bande des amtlichen Quellenwerkes der preussischen Statistik enthalten ist, zeigt die Entwicklung des Volksschulwesens von 1886 bis 1911 freilich eine wesentliche Besserung. Die Schülerzahl in den Klassen der städtischen und der ländlichen Schulen ist von 64 auf 51 gesunken. Auf eine Lehrstelle entfielen 1886 in städtischen Schulen 67, in ländlichen Schulen 59 Schüler, während 1911 in städtischen Schulen nur noch 49, in ländlichen 61 Kinder auf einen Lehrer entfallen. Diese Durchschnittsziffern, mit denen bewiesen werden soll, daß sich das preussische Volksschulwesen außerordentlich gebessert habe, geben aber ein ganz schiefes

Bild. Einige Städte mit sehr guten Schulverhältnissen und ganz kleine Landorte, die, weil sie sehr abseits liegen, doch eine eigene Schule und Lehrkraft haben müssen, obwohl nur eine kleine Zahl von Kindern vorhanden ist, machen das statistische Durchschnittsbild über Gebühr günstig. Sowie man in die Statistik eindringt, zeigt sich sofort, wie schlecht es noch um die preussischen Volksschulen bestellt ist. Im Jahre 1911 gab es noch in Städten 1613 überfüllte Klassen mit 129 289 Schülern, so daß 75 auf eine Klasse kommen. Auf dem Lande aber wurden 7599 überfüllte Klassen mit 578 681 Schülern gezählt. Es kommen dort auf eine dieser Klassen im Durchschnitt 76 Schüler. Die Mehrzahl der ländlichen Schulen war 1886 noch einklassig, aber auch heute sind von 33 559 ländlichen Schulen noch 13 149 einklassig, wozu dann noch 6569 sogenannte Halbtagschulen kommen, die den Uebergang zu zweiklassigen Schulen bilden. Vollkommene Schuleinrichtungen mit mindestens 6 oder mehr aufsteigenden Klassen bestanden 1886 in Preußen nur 6 pro Tausend und auch 1911 ist diese Ziffer nur auf 42 pro Tausend gestiegen.

Diese wenigen Zahlen zeigen, wo es in Preußen noch fehlt. Es wird eine ganz andere Volksvertretung kommen müssen, bevor das ländliche Volksschulwesen in Preußen ein Ende nimmt.

Gegen die Ueberkatholiken.

In einer stark besuchten Bezirksversammlung der Zentrumsparlei in Mafstatt bei Saarbrücken äußerte sich Abg. Erzberger in eingehender Weise über den Zentrumsstreit. Er meinte, man solle an dem alten erprobten Zentrum festhalten. Alle Bestrebungen, die auf eine Begriffsbestimmung oder Definition des Zentrums abzielen, seien nicht nützlich, sondern schädlich für die Interessen des Zentrums selbst. Die deutschen Katholiken dürften sich den Luxus einer Befehdung im politischen Leben nicht gestatten. Wie wolle wohl das Zentrum die katholische und christliche Schule in Deutschland retten, wenn es sich derart politisch absondern würde? Die Verhältnisse, wie sie sich in den letzten Wochen und Monaten innerhalb der deutschen Zentrumsparlei entwickelt hätten, seien nachgerade unerträglich geworden. Das stete Herunterreißen, Kritifizieren und Herummäkeln halte auf die Dauer schließlich die stärkste Partei nicht aus. Es führe zum Miskmut, verhindere jede Stokkraft für die Zentrumsparlei und wäre das schlimmste, was ihr begegnen könne. Wenn ein Führer der Quertreiber (gemeint ist der Abg. Oppersdorff) unter den Konservativen des Herrenhauses sitze, sei es nicht zu begreifen, wie er verlangen könne, daß die reine politische Arbeit des Zentrums im Einklang mit der katholischen Weltanschauung stehen soll. Nicht einmal der Papst habe für die Katholiken vorgeschrieben, daß sie nur in dieser oder jener Partei sein dürften. — In dieselbe Kerbe hat dann Abg. Heß. Er sagte, die Quertreiber, die sogenannten Ueberkatholiken bereiteten jedem ernstem Manne der praktischen politischen Arbeit einen unsagbaren Widerwillen. Man sollte es kaum glauben, welche Summen von Erbitterung, speziell in den Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Landtages sich angehäuft haben über dieses widerwärtige Treiben, über dessen Verwerflichkeit und Schädlichkeit sich die gesamten Abgeordneten vollkommen einig sind.

Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige bezweckt. Nach den jetzigen Bestimmungen erhält der Zeuge eine Entschädigung für die erforderliche Zeitverräumnis im Betrage von 10 Pfg. bis zu einer Mark pro angefangene Stunde. In der Regel wurde diese Bestimmung so ausgelegt, daß selbständige Gewerbetreibende nur dann eine Entschädigung bekamen, wenn sie nachweisen konnten, daß sie einen Vertreter stellen und bezahlen mußten. Darin lag unter Umständen eine gewisse Härte und diese soll nun dadurch beseitigt werden, daß es dem freien Ermessen des Gerichts überlassen wird, festzustellen, ob eine Erwerbsverräumnis stattgefunden hat und demnach auch diesen Kreisen eine Entschädigung zu gewähren. Die Sachverständigengebühren sollen eine Erhöhung erfahren, und zwar soll die Entschädigung bis zu 2 Mk. für jede angefangene Stunde und bei besonders schwierigen Leistungen bis zu 6 Mk. für jede angefangene Stunde betragen. Mehr als 10 Stunden für einen Sitzungstag dürfen jedoch nicht in Rechnung gestellt werden. Wenn für die aufgetragene Leistung ein üblicher Preis besteht, so ist dem Sachverständigen auf sein Verlangen dieser Preis außer der Vergütung für den Termin zu gewähren. Der § 8 der jetzigen Bestimmungen sieht vor, daß einem Zeugen, wenn er seinen Aufenthaltsort verlassen muß, um zum Orte des Gerichts zu gelangen, pro Tag 5 Mk. und für das Nachtquartier 3 Mk. zu bezahlen sind. Die neuen

Vorwissen erhöhen diese Beträge auf 7,50 Mk. resp. 4,50 Mk. Begründet wird diese Erhöhung damit, daß eine allgemeine Teuerung eingetreten ist. Die Landesjustizverwaltung erhält das Recht, künftig besondere Tarife für die Erstattung von Gutachten durch Sachverständige aufzustellen.

Der Reichstag

nimmt seine Sitzungen am 25. November, nachmittags 2 Uhr, wieder auf. Ursprünglich war geplant, mit den Arbeiten des Reichstags schon am 20. November, dem Tage, bis zu welchem der Reichstag vertagt war, zu beginnen. Aber da der 20. November auf den Donnerstag nach dem Bußtag fällt, ist der Präsident Kaempf veranlaßt worden, den Wiederzusammentritt des Reichstags um eine Woche hinauszuschieben. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen Petitionen. Dem Reichstag sind jetzt schon zwei Gesetzentwürfe zugegangen; der eine betrifft die Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Reichsgericht bis zum 1. Juni 1914. Im Etat für 1914 sollen dann einige Reichsgerichtsstellen angefordert werden. Der zweite Gesetzentwurf betrifft die Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

Eine neue Erbgewahl zum württembergischen Landtage

steht in naher Aussicht. Der volksparteiliche Abgeordnete Storz, der den Bezirk Tuttlingen im Landtage vertrat, hat sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Storz gehörte in der Zeit von 1903—1906 auch dem Reichstage an, in dem er sich von einem waldschichten Nationalliberalen durch nichts unterscheidet. Der Wahlkampf in Tuttlingen wird sich zu einem heftigen Ringen zwischen der Volkspartei und der Sozialdemokratie gestalten. Bei der vorjährigen Wahl erhielten die Volkspartei und die Nationalliberalen zusammen 2499, die Sozialdemokraten 2344, das Zentrum 1263 und die Konservativen 347 Stimmen. Im zweiten Wahlgange wurde Abg. Storz mit 3309 Stimmen gegen unseren Genossen Mattulat gewählt, dem 2735 Stimmen zufielen.

Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Wie der „Deutsche Kurier“ hört, beabsichtigen die liberalen Fraktionen des Reichstages, demnächst einen Antrag einzubringen, der eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise und eine Vermehrung der Mandate fordern wird. Da der Antrag aber kaum Aussicht hat, vorläufig beraten zu werden, denn er hat sehr zahlreiche Vorgänger mit Vorzugsberechtigung, so soll auch, um die Meinung der Regierung kennen zu lernen, eine kleine Anfrage über die Materie eingebracht werden, die wissen will, ob die Regierung bereits Vorarbeiten in diesem Sinne angeordnet habe.

Die Regierung wird selbstverständlich antworten, daß sie sich mit dieser Frage überhaupt noch nicht beschäftigt hat, und da an eine kleine Anfrage eine Erörterung sich nicht anschließen kann, ist die Sache damit zunächst erledigt. Wenn auch der Initiativantrag der Nationalliberalen nicht an erster Stelle steht, so besteht durchaus kein Hindernis, durch Zurückstellung anderer nationalliberaler Anträge, gerade diesen Antrag so weit vorzurücken, daß er bei Einhaltung der Schwerinstage schon in einigen Wochen verhandelt werden könnte. Aber die Nationalliberalen scheinen wieder einmal Angst vor der eigenen Courage zu haben.

Das Spionage-Gesetz.

Der Präsident des Reichstages hat die Absicht, auf die Tagesordnung der Sitzung vom 26. November die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu setzen. — Dieser Gesetzentwurf ist seit seinem Erscheinen zum Gegenstand scharfer Kritik gemacht worden, denn er würde es in der Tat unmöglich machen, daß künftig noch in der Presse über militärische Vorkommnisse berichtet werden kann. Ganz besonders war es der Verein deutscher Zeitungsbesitzer, der auf diese Gefahren hingewiesen hat. Die Heeresverwaltung hat naturgemäß ein Interesse daran, von der Öffentlichkeit möglichst wenig belästigt zu werden, und sie scheint deshalb darauf zu drängen, daß der Gesetzentwurf so rasch als möglich erledigt wird. Die Parteien werden demgegenüber die Aufgabe haben, aus dem Entwurf alles das zu entfernen, was die freie Meinungsäußerung beschränken oder aufheben könnte, und dann ist es allerdings fraglich, ob die Regierung noch Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes legen wird.

Der lahme Reichsverband.

Ein langes Klagegedicht war es, das der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie auf seiner diesjährigen Generalversammlung, die in Breslau stattfand, anstimmte. Die Mitgliedschaft des Hohenzollernprinzen konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die übrigen Parteien von dem Verband nicht mehr viel wissen wollen. „So heißt es denn es klingt“, meinte der stellvertretende Vorsitzende Kaill. Gesandter von Ditzgen, „unter Zwangs ist nicht so groß, als er nach Lage der Verhältnisse sein mußte.“ Die Arbeiter und der Mittelstand fürchten sich natürlich nur vor der Sozialdemokratie, sonst wären sie dem Verbande längst in Scharen beigetreten. Das einzige, was helfen kann, sind also die Anträge gegen die Terroristen, aber leider — die Regierung traut sich nichts zu. General v. Bissing hat mit dem Kanzler gesprochen, Ditzgen hat mit dem Kanzler gesprochen, aber angesichts dieses Reichstages wagt Reichmann keinen entscheidenden Schritt. „Kein Staatsanwalt wagt es“, so sagte Herr v. Ditzgen wörtlich, „gegen die unflätigen Beleidigungen der sozialdemokratischen Presse Anklage zu erheben“, gleich ein Beweis für die Wahrheitsliebe der Reichsverbändler. „Einen Führer wählte ich“, meinte der Waise Millionär Ditzgen, — „Seine Majestät der Kaiser.“ Aber der ist leider nicht zu haben, weil er — über den Parteien steht! Doch der Redner tröstete sich. „Auf er sich darauf verzichten, unter diesem Konarich zu kämpfen, so kann er uns doch nicht verwerfen (!) für ihn zu kämpfen. Das Klagegedicht des Vorsitzenden wurde von den anderen Delegierten weiter gesprochen, der Vorsitzende der Breslauer Konjunktiven bedauerte

es, daß viele Mitglieder vorgezogen hätten, „in eine gewisse Freundschaft zur Sozialdemokratie hineingefunden“ haben. Auch gegen die Tarifverträge legte man los, sie sind nur verkappte sozialdemokratische Agitationsmittel. Im allgemeinen aber blieb die Stimmung flau und da außer Herrn Liebert auch der Freiherr v. Jedlik und Neulirch fehlte, mußte man sich mit einem kümmerlichen Vortrag des Antifemiten Gräfe begnügen, der vor allem gegen die Arbeitslosen-Unterstützung wetteuerte, die den Gewerkschaften nur Streikmittel in die Hände liefere. Nach dieser Leistung vereinigten sich die fürstlichen, gräflichen und freiherrlichen Sozialisten zu einem Schlußwahl. Mit einem anderen Wahl hatte es angefangen, der einzige Vortrag hob sich mühsam zwischen die Esen ein.

Um das Proportionalwahlrecht in Bayern.

Die bayerischen Liberalen wollen, um endlich ein gerechtes Wahlrecht durchzusetzen, das allen Parteien die ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Parlament gewährleistet, nötigenfalls zur Budgetverweigerung greifen. Ein Vertretertag der liberalen Arbeitsgemeinschaft, der dieser Tage in Passau stattfand, beschäftigte sich mit der Wahlrechtsbewegung. Der fortschrittliche Abgeordnete Müller-Meinungen gab die Erklärung ab, daß trotz der Ausichtslosigkeit der Wahlrechtsbewegung unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im bayerischen Landtage die Liberalen an ihren Forderungen festhalten. Es wurde daraufhin die folgende Resolution beschloffen:

„Die liberale Fraktion wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß baldigst eine unzweideutige Antwort der Staatsregierung auf die laufenden Anträge zur Einführung der Verhältniswahl erfolgt. Die Versammlung fordert die Fraktion auf, nicht zu ruhen, bis ein gerechtes Wahlrecht in Bayern eingeführt wird. Zur Erreichung dieses Zieles sind alle parlamentarischen Mittel, nötigenfalls auch die Budgetverweigerung, in Aussicht zu nehmen.“
Werden die Liberalen Stand halten!

Aus dem bayerischen Landtage.

Die Debatte über die Staatszeitungs-Interpellation wurde am Mittwoch zu Ende geführt. Es waren peinliche Stunden für das Ministerium Hertling. Vom Zentrum ergriff niemand mehr das Wort zur Verteidigung, man ließ Dr. Pichler allein das Opfer bringen, auch in dieser Sache für die Regierung einzutreten. Zunächst kennzeichnete Gen. Süßheim die Staatszeitungsgründung als ein parteipolitisches Unternehmen des klerikalen Ministeriums Hertling. Daß die Beziehungen Hertlings zur Reichsleitung jetzt ausgezeichnete seien, glauben wir ohne weiteres. Nach seinem Verdienste um die Bewilligung der neuen Kavallerie-Regimenter, zu deren Inhaber der Ministerpräsident verdient hätte, ernannt zu werden. Die Gründung der Staatszeitung nach Schluß des Landtags ist ein Eingriff in sein Budgetrecht. Es wäre interessant zu erfahren, wie groß die Zahl der freiwilligen Abonnenten ist. Es müßte denn sein, daß Abonnenten der Staatszeitung den Kommerzialtitel billiger erhalten als andere. Es ist charakteristisch, daß das Blatt gerade von den gemeinnützigen Reichsräten finanziell ermöglicht wurde, die ein Interesse an der Existenz des Ministeriums haben. Sonst merkt man von dem Gemeinsinn dieser Herren nichts. Namentlich merken die Arbeiter in Nürnberg, die der Familie Cramer-Klett ihr Vermögen erarbeitet haben, von diesem Wohlwollen nichts. Das Arbeitsprogramm der Staatszeitung, das Memorandum wurde von Dr. Pichler für haarsträubenden Unsinn erklärt. Das erinnert daran, daß das Gutachten des Justizministeriums über die Königsfrage von der Zentrums Presse als das elende Nachwerk eines Winkladoolaten bezeichnet wurde. Merkwürdig waren die Ausführungen eines Ministerialreferenten aus der Justizverwaltung, die deutlich zeigten, daß die Justizbehörde gegen das Unternehmen Hertlings bemüht ist, die Zwangsinkassate für gerichtliche Bekanntmachungen nach Möglichkeit einzuschränken.

Kräftig packte der liberale Abg. Kohl das Unternehmen Hertlings an. Seine Abregung dieses Vorgesetzes erweiterte sich zu einer Abrechnung mit der Gesamtpolitik des klerikalen Ministers. Minister des Innern, v. Soden, stellte die vielbesprochene Angelegenheit des Senatspräsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Hörmann dar, der unter auffälligen Umständen im Zusammenhang mit dem Prozeß der Staatszeitung — Weigerung von Gemeinden, das Organ zu abonnieren —, seinen Abschied genommen hat. Die Regierung, so versicherte der Minister, habe nicht in die Rechtspflege eingegriffen. Der Staatskommissar der Staatszeitung, der vielgenannte Legationsrat von Stockhammern, hielt eine unprezedenzreiche humoristische Verteidigungsrede für das ihm unterstellte Blatt.

In einer an satirischen Bemerkungen und Andeutungen politischer Geheimvorgänge reichen Rede zeichnete zum Schluß Genosse Adolf Müller den Staatszeitungsstand und wies auf die Gefahr hin, die aus den Bemerkungen Dr. Pichlers erkennbar war, daß über kurz oder lang der Staat mit diesem Defizitunternehmen belästigt werden würde. In der Staatszeitung sollte das Verlangen einer feudal-klerikalen Reichsratsclique nach einem großen Blatte ohne erhebliche finanzielle Aufwendungen der Interessenten durch das Aufgebot staatlicher Machtmittel ermöglicht werden. Die einschneidende Anklage gegen Hertling ist die Gründung eines Privatunternehmens, ohne Zustimmung des Landtags. Die Staatszeitung war schon im August vorigen Jahres beschlossen, und wurde trotzdem nach dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt. Diesen Vorgang billigt heute das Zentrum, das sich rühmt, eine verfassungstreue Partei zu sein. Gen. Müller deutete Meinungsverschiedenheiten zwischen Hertling und v. Soden in der Staatszeitungsfrage an und verlangte Vorlegung des mit der Unternehmerfirma abgeschlossenen Vertrages der Regierung. Müller diente mit älteren Ausführungen des Schriftstellers von Hertling gegen Zwangsgewalt und Parteiherrschaft. v. Hertling selbst betonte nochmals, daß die Staatszeitung kein parteipolitisches Unternehmen sei.

Am Schluß der Sitzung wies Gen. Segitz darauf hin, daß die Beratung des Königsgesetzes bereits am Don-

nerstag der Tagesordnung zuzurechnen ist. Auf der zweiten Sitzung, die Vorlage, wie üblich, zunächst einem Ausschuss zu überweisen, zumal manche disziplinäre Fragen zu erörtern seien. Das Haus beschloß trotzdem gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einzelner Liberalen, am Donnerstagvormittag die Vorlage über die Beendigung der Regentenschaft sofort materiell zu erledigen.

Italien.

Der Wahlsieg unserer Genossen gestaltet sich nach den nunmehr vorliegenden Resultaten als ein glänzender. Von 508 Wahlkreisen liegen 505 Resultate vor. Nach denselben sind gewählt: 237 Ministerielle, 52 ministerielle Radikale, 19 verfassungstreue Oppositionelle, 27 Katholiken, 11 Republikaner, 39 Sozialdemokraten und 19 reformistische Sozialisten gewählt worden. In 101 Wahlkreisen finden Stichwahlen statt.

England.

Ganz wie bei uns. In dem Prozeß gegen den Arbeiterführer Larkin in Dublin, der wegen Aufrufs und Anreizung zum Aufruf angeklagt ist, führte der Generalstaatsanwalt, der die Anklage erhoben hat, aus, Larkin würde nicht als Streikführer gerichtlich verfolgt, sondern weil er sich gegen das Gesetz vergangen hätte und ein böswilliger, gefährlicher Verbrecher sei. Larkin wurde für schuldig befunden, aufrührerische Reden geführt zu haben und zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Klassenjustiz dominiert doch allenthalben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 30. Oktober.

Die Versammlung der Bürgerschaft, die am Montag, den 3. November 1913, abends 6 Uhr, tagt, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Bauliche Arbeiten an der Puppenbrücke. 2. Wiederholter Antrag auf Schaffung einer Assistentenstelle bei der Behörde für Travemünde. 3. Weitergeltung des Lübeckischen Wertzuwachssteuergesetzes. 4. Revision des Grundsteuergesetzes. 5. Abänderung des Gesetzes, betreffend die Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer. 6. Änderung des § 3 des Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnungsgegesetz. 7. Errichtung eines Anbaues an die Hauptfeuerwache. 8. Weitere Bewilligung auf die Kosten der Einrichtung eines Hofes für Obdachlose sowie einer Kinder- und Wägenstation. 9. Erweiterung des Rangierbahnhofes für die Uferbahn bei Dänischburg. 10. Gewährung eines Darlehens von 80 000 Mark an den Verein zur Fürsorge für Geisteskranke. 11. Beschaffung radioaktiver Substanz. 12. Verkauf von Arealen an der Straße „Bei der Lohmühle“ an den Kaufmann Alex. König.

Die „Lübeckischen Anzeigen“ als Freunde der Streikenden. Ja, es geschieht noch Zeichen und Wunder! Das läbliche Amtsblatt, das sich bisher noch in jedem Streik, den Arbeiter um Verbesserung ihrer traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen führten, auf die Seite der Gegner der Streikenden stellte, hat seine Maximen geändert. Es unterstützt in einem Kampfe, bei dem die Lohnforderungen die Hauptrolle und die Nebenabsicht darstellt, die Streikenden. Allerdings sind diese Streikenden Ärzte und die Institutionen, die befreit werden sollen, soziale Einrichtungen, die den Interessen der Minderbemittelten in erster Linie dienen sollen. Nicht einmal an eventuellen Streikbrechern hat diesmal das Organ für Arbeitswillige in diesem Falle Freude. Dafür wird es später um so entschiedener seine Freundschaft nützlichen Elementen bezeugen, wenn sie den Arbeitern in den Rücken fallen.

Ein Blick in den Zukunftsstaat. Unter dieser vielversprechenden Ueberschrift brachten die „Lübeckischen Anzeigen“ im Juni d. J. einen Artikel aus dem gelben Hamburger Hafenarbeiterorgan zum Abdruck, in welchem dem Angestellten der Hamburger Zählstelle des deutschen Transportarbeiterverbandes, Michaelssen, eine Reihe verrückter Taten zum Vorwurf gemacht wurden. Auf Grund eingezogener Erkundigungen hatten wir bald darauf festgestellt, daß von der bürgerlichen Presse hier wieder eine gemeiner Schwindelei verbreitet würde und die Sachlage klargestellt. Natürlich nahm das anständige Amtsblatt davon keine Notiz, denn es hatte ja nur die Ehre seiner sozialdemokratischen Gegner befechtet. Nunmehr ist auch vom Hamburger Gericht festgestellt worden, daß die ganze Zukunftsstaat-Schwindelei eben nur eine solche ist. Der Artikel hatte behauptet, daß Michaelssen eine Frau Kehl, die für ihren Mann Krankengeld abholen wollte, dies Geld nicht nur verweigert, sondern sie auch noch mißhandelt habe. Wörtlich hieß es, nachdem der ganze Vorgang im Bureau tendenziös aufgebauscht wiedergegeben worden war: „Michaelssen jagte die Frau am Kragen und warf sie in des Portes vollster Bedeutung zur Tür hinaus, stieß sie mit dem Kopf gegen die Wand, schlug ihr mit der Faust vor die Brust, und trat ihr mit dem Fuß gegen den Leib, bis die Frau blutüberströmt auf dem Flur ohnmächtig zusammenbrach und andere Leute der armen Mißhandelten zu Hilfe kamen. Die Frau mußte sich anderen Tags in ärztliche Behandlung begeben. Der Arzt stellte Beulen am Kopf, Wunden an der Lippenfleischhaut, zwei lose Zähne im Unterkiefer, blaue Flecke an der Brust und am Unterleib fest und beantragte die Aufnahme in ein Krankenhaus.“ Genosse Michaelssen beschritt gegen den Redakteur Max Neumann von dem gelben Organ und die Ehefrau Kehl, die die Mär erdichtet hat, den Weg der Privatklage. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht am Dienstag führte denn auch zu einer Verurteilung der beiden Angeklagten. In der umfangreichen Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die Frau aus dem Grunde kein Krankengeld für ihren Mann ausbezahlt erhielt, weil er in dem dringenden Verdacht stand, gearbeitet zu haben und zwar obendrein als Streikbrecher. Kehl ist auch von der Verwaltung mehreremal aufgefordert worden, zu einer Sitzung zu kommen, um sich zu rechtfertigen. Kehl zog es aber stets vor, durch Abwesenheit zu glänzen und seine Frau zu den Sitzungen zu schicken. Als die Frau an einem Tage wieder kam, wurde ihr bedeutet, daß ihr Mann erscheinen müsse. Die Frau wurde darauf so erregt, daß sie die unerhörtesten Beleidigungen gegen Michaelssen ausstieß. Um die Frau los zu werden, verwies er ihr das Lokal. Sie tat es, kam aber gleich standesherab wieder hinein, sodaß Michaelssen sie an die Schulter faßte und sie zum sofortigen Verlassen des Lokals aufforderte. Bei der Gelegenheit schlug die Frau mit ihrer Handtasche um sich und trat M. an der Brust. Als sie zum zweiten Male zum Schläge ausholte, wehrte M. den Schlag ab, sodaß die Möglichkeit besteht, daß sich die Frau mit ihrer eigenen Tasche an den Mund getroffen und sich leicht verletzt hat. Das ist der ganze Vorgang. Das ärztliche Attest, das dem Gericht vorlag, geht denn auch dahin, daß die Frau an der Lippe eine kleine Verletzung gehabt habe, die aber mit Lanolin wieder geheilt worden sei. Der Verteidiger der beiden Angeklagten gab selber zu, daß nach der Beweisaufnahme der Wahrheitsbeweis nicht erbracht worden sei. Er hat lediglich

Rechtsanwalt Dr. Herz-Altona für Michaelson beantragte beide Angeklagte zu verurteilen, da die harnlose Affäre tendenziös aufgebracht und von der gegenwärtigen Presse Deutschlands als gefundenes Fressen übernommen worden sei. Das Gericht stellte fest, daß die in dem inkriminierten Artikel gegebene Darstellung von der Frau Ney wesentlich in maßloser Weise übertrieben worden sei. Nicht wahr sei, daß die Frau in den Leib getreten und blutüberströmt zusammengebrochen sei. Das Gericht verurteilte daher Frau Ney zu einer Geldstrafe von 20 Mark, Max Neumann zu einer Geldstrafe von 60 Mark. Ferner wurde die Publikation des Urteils in verschiedenen Zeitungen ausgesprochen. — Ob das Lübsche Amtsblatt nunmehr der Wahrheit die Ehre geben wird?

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. bejwörtete in seiner gestrigen Sitzung folgende Anträge des Senates: Herstellung eines Schweinestalles usw. auf dem Stadtgute Karls-Hof (Kosten 850 Mk.); Herstellung eines Jungviehhauses auf dem Stadtgute Absfelde (1150 Mk.); Verbesserung der Fahrverbindung zwischen Travemünde und dem Priwall (85 500 Mark); Erneuerung des Kessels des Dampfers „Attendorf“ (12 500 Mark); Beschaffung eines Wegnerischen Patentlagers (2700 Mk.); Einrichtung des elektrischen Betriebes für die Herrenbrücke (18 000 Mk.); Errichtung einer Brandmauer unterhalb der Holzlagerplätze am Konstinplatz (15 600 Mk.); Erlaß eines dritten Nachtrages zum Gesetze über die Verwaltung der Einkommensteuer; Gewährung von Witwen- und Waisengeld an die Hinterbliebenen des Lehrers Friedr. Meyer, einheitliche Regelung des Pensions- und des Besoldungsdienstalters der Gefangenaufsicher, der Schulleute und des Fischereiaufsichters, und zwar in der Art, daß der Beginn des Pensions- und des Besoldungsdienstalters der Gefangenaufsicher und Schulleute sowie des Fischereiaufsichters mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1913 ab neu festgesetzt und der hierbei für das Rechnungsjahr 1913 erforderlich werdende Gehaltsmehrbedarf in Höhe von 2042,49 Mark auf Abschnitt XIX der Ausgabenliste des Boranschlages für das Rechnungsjahr 1913 angewiesen werde. In Kommissionen verwiesen wurden die Senatsanträge betr. die Erhaltung von Alleebäumen, die zu diesem Zweck gefällt werden sollen (Kosten 7974 Mk.); Berziehung der Stellen der technischen Sekretäre der Baudeputation in die Klasse A X des Beamtenbesoldungssatzes und zweigleisigen Ausbau der Lübeck-Travemünder Eisenbahn, woraus dem Staat 49 000 Mark Kosten erwachsen.

Die Initiativanträge auf Beseitigung des Bürgerausschusses und Maßnahmen bezüglich der Arbeitslosigkeit sollen in einer besonderen Bürgerchaftssitzung am Montag, dem 17. November, abends 6 Uhr, erledigt werden.

Die Praktiken des Lübecker Vereins für Volksversicherung, der sich so aufdringlich volksfreundlich gebärde, erfahren in einem Artikel, der in Nr. 43 der gutbürgerlichen „Annalen des Versicherungswezens“ veröffentlicht wird, folgende Beleuchtung:

Die geistigen Waffen der „Deffentlich-rechtlichen“. Der Kampf um die Lebens-Versicherungen des kleinen Mannes treibt tolle Wüten! In Lübeck hat sich ein „Verein für Volksversicherung“ etabliert, angeblich, um das Vaterland vor der sozialistischen „Volksfürsorge“ zu schützen. Bei diesem guten Zweck blieb natürlich der Zudrang von Interessenten nicht aus; eine große Anzahl nationaler und staatsertaltender Organisationen stellten sich dem Verein zur Verfügung. Der Direktor der „Hanseatischen Landes-Versicherungs-Anstalt“, Herr Geheimrat Bielefeld in eigener Person, trat in die Arena, um vor Gewatter Schuster und Schneider für die nationale Sache — heißt „Deffentlich-rechtliche Lebens-Versicherung und ihre Volksversicherung“ — Propaganda zu machen. Das war im Anfang.

Heute wird zwar auch noch Geheimrat Bielefeld als Aushängeschild zur Erzielung voller Häuser bei den arrangierten Versammlungen benutzt, leider aber ist er meistens verweilt, und schickt dann gewöhnlich einen „jungen Mann“, der statt seiner in den Turn-, Gewerbe-Vereinen, Innungen usw. sein Sprüchlein her sagt. Und das besorgt er gründlich, dieser junge Mann des Geheimrats, allerdings mit dem Unterschiede, daß für ihn der „Feind“ rechts, und nicht links zu stehen scheint. Seine geistigen Waffen aus dem lieblichen Sprachschatz sozialistischer Agitatoren entlehnend, begiebt dieser hoffnungsvolle Berufsgenosse die bestehenden Privat-Versicherungs-Gesellschaften, den ehrenwerten Stand der Versicherungs-Agenten usw. mit Spott und Hohn, mit einem Geifer, der beinahe als der Gipfel des Konkurrenztreibens in der Volksversicherungs-Branche angesprochen werden kann! Um sich einen glücklichen Austritt zu sichern, leistet er sich zunächst eine Beleidigung der Versicherungsagenten, indem er als Einseitigkeit die Anfrage an seine Zuhörer richtet, ob sie nicht auch bereits einmal das „zweifelhafte Vergnügen“ gehabt hätten, von einem Versicherungs-Agenten besucht worden zu sein! So beschmüht dieser junge Mann, der noch vor kurzen in den Diensten einer privaten Gesellschaft stand, und der doch auch heute vom Brote der Assekuranz lebt, das eigene Nest.

In dieser Tonart geht die „Rede“ weiter. Da marschieren alle jenen „Gründe“ gegen die Privatgesellschaften auf, die nur die Letztäre ganz linksstehender Blätter angibt, darunter das angebliche 3-Millionen-Einkommen eines früheren Generaldirektors — bei dem jungen Manne ist er heute noch in seiner Stellung —, die hohen Dividenden der Aktionäre, die das meiste Geld aufzehrende „Agentenwirtschaft“ usw. Und weil nun dieser Vortrag gleich einem Grammophon in jeder Versammlung in gleicher Weise ertönt, ist dem edlen Gelehrer für die Interessen der „Deffentlich-rechtlichen Volksversicherung“ bei seiner gänzlichen Ahnungslosigkeit kürzlich das Maßbier passiert, die Waage auch in einer Versammlung der Glaser-Innung ablaufen zu lassen, ohne zu wissen, daß die Glaser als Mitarbeiter von Glas-Versicherungsgesellschaften durchgängig zu den verpöhten „zweifelhaftelementen“ gehören. Da hat man denn auch verschiedene kitzliche Fragen an den „Redner“ gerichtet, deren Beantwortung ihm naturgemäß recht unangenehm war. Und als er schließlich am Schlusse seiner Ausführungen um Mitarbeiter für die „Deffentlich-rechtliche“ warb, laachte man ihn aus, unter Hinweis auf die am Eingang seiner Ausführungen als so verpönte dargestellte „Agentenwirtschaft“, die doch bei seinen Instituten angeblich nicht eingeführt sei. Da setzte sich der Vortragskünstler mit einem kühnen Saltomortale über alle früheren Behauptungen hinweg und erklärte seine Aufforderung mit der tiefinnigen Bemerkung: „Wir tochen auch bloß mit Wasser!“ — Also: Zuerst nach dem Rezept verfahren: „Nur recht viel Schmutz abladen, es bleibt schon etwas hängen“ und dann: „Wir machen es übrigens auch so, wie die anderen!“

Von dem tollen Treiben des „Vereins für Volksversicherung“ in Lübeck im Interesse der „Deffentlich-rechtlichen“ kann man also noch manches erleben. Die Kreise, die er angeblich bearbeiten soll, nämlich die der „Volksfürsorge“ nahe stehenden Interessenten, sind für ihn nicht erreichbar, und in die Reihen des Bürgerturns trägt er Zweifel, Argwohn und Zwiespalt, untergräbt den nationalen Boden, auf dem sowohl die privaten, wie auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten stehen, und damit wird ja

gerade das Feld befruchtet, auf dem die „Volksfürsorge“ erntet. Diese systematische Aufjuegelung der Deffentlichkeit, die heute erfolgt, kann nur Schaden erzeugen. Was sagt übrigens Herr Geheimrat Bielefeld zu den Taten seiner Jünger? H. A. w. g.

Die Seitenhiebe, die der Verfasser des Artikels gegen den „Sprachschatz sozialistischer Agitatoren“ und die „ganz linksstehenden Blätter“ mit auszuteilen beabsichtigt ist, treffen nebenbei. Darauf eingegangen verlohnt sich nicht. Sie ändern auch nichts an der immerhin interessanten Charakterisierung des unter „hoher“ Gönnerschaft stehenden Vereins für Volksversicherung und dessen Agitationsmethoden.

Vor ihrem Ende steht die Gewerkschaft „Martashall“, die an der Trape bei Siems eine Salzherzeugungsfabrik errichtet hat, aber infolge Verwendung unrentabler Apparate große Verluste erlitten hat. Die Gewerkschaft besitzt nicht einmal mehr Geld für Fortis. Am 10. November soll endgültig seitens der Gewerke über das Schicksal von Martashall entschieden werden.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm): Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf die Briefe. Prinz Friedrich Wilhelm ab Bremen 1. November, Kaiser Wilhelm II. ab Bremen 4. November, Amerika ab Hamburg 6. November, Großer Kurfürst ab Bremen 8. November, George Washington ab Bremen 15. November, Kronprinzessin Cecilie ab Bremen 18. November, Kaiserin Auguste Victoria ab Hamburg 22. November, Prinz Friedrich Wilhelm ab Bremen 29. November, Kaiser Wilhelm II. ab Bremen 2. Dezember. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe sind Schnell dampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Zeitvermerk wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

pb. Entwendeter Ufiter. Am 29. ds. Mts., vormittags, ist aus einer am Kolk belegenen Wirtschaft ein graubrauner Ufiter mit aufgeschlagenen Ärmeln und großen Hornknöpfen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In dem schwarz- und weißgestreiften Futter des Kleidungsstückes befinden sich zwei braune von Mostrich herrührende Flecke.

pb. Unterschlagung. Festgenommen wurde ein Kutcher, der sich in Rennau einer Unterschlagung zum Nachteil seines Dienstherrn schuldig gemacht hat.

pb. Ein Schaufenster beraubt. Am 28. ds. Mts. wurde ein an einem Geschäftshause der Holstenstraße angebrachter Schaufenster erbrochen und aus demselben drei Taschenspiegel zum Gesamtwerte von 5 Mk. gestohlen. Als Täter wurden zwei Schulknaben ermittelt.

pb. Verdächtig. Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Fabrikarbeiter, der dringend verdächtig ist, sich der Güterberaubung schuldig gemacht zu haben. Er hat an einen hiesigen Kaufmann eine größere Quantität Wachs verkauft, auch wurden in seiner Wohnung Butter und sonstige Nahrungsmittel gefunden, die zweifellos aus Schiffsdiebstählen herrühren.

Die goldene Medaille. In der Ausstellung, die mit dem Internationalen medizinischen Kongress in London verbunden war, wurden die medizinischen Apparate des Drägerwerkes mit der „Goldenen Medaille“ ausgezeichnet. Das Werk hatte seine in der chirurgischen Praxis weitverbreiteten und bewährten Nasen-Apparate nach Prof. Dr. Roth-Dräger und Prof. Krönig-Dräger ausgestellt, außerdem Sauerstoff-Inhalations-Apparate, Medikamenten-Vernebler und Atmungsmaschinen. In der Auszeichnung liegt gleichzeitig eine Anerkennung der Tätigkeit des Herrn Professors Dr. Roth für die Vervollkommnung der Chloroform-Narkose.

„Eines“ Hansatheater, Lübeck. Aus der Direktionskanzlei wird uns geschrieben: Der grandiose Kunstfilm „Aeropatra, Die Herrin des Nils“ kann trotz des großen Interesses, den er wie in allen Städten auch in Lübeck gefunden hat, nicht weiter prolongiert werden, und findet infolgedessen heute, Donnerstag, den 30. Oktober, abends 8½ Uhr, die letzte Aufführung dieses Meisterwerkes der Filmkunst statt. Für morgen, Freitag, hat die Direktion neue Ueberrassungen in Vorbereitung.

Neues Stadttheater. Die überaus beifällige Aufnahme des „Hamlet“ veranlaßt die Direktion, statt der ursprünglich am Freitag angelegten Vorstellung „Die deutschen Kleinstädter“ eine Wiederholung des „Hamlet“ zu bringen. Diese Vorstellung wird durch einen aufklärenden kurzen Vortrag des Herrn Dr. Leverköhn eingeleitet werden.

Deffentliche Trinkerfürsorgekelle, Parade 1 (Schloß Rankau). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 31. d. M., abends 6—7 Uhr.

Moistling. Die Kinderschuttkommission in Moistling besteht aus folgenden Mitgliedern: Genosse C. Meyer, Vorsitzender; ferner die Genossinnen Wilms, Hinge, Meyer, Haut; sowie die Genossin Emma Olsen-Könke, Genin.

e. Stockelsdorf. Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde am Dienstag abend bei Paetau-Hackenburg abgehalten. Anwesend waren 50 Mitglieder, darunter 8 Genossinnen. Das Andenken der verstorbenen Genossinnen Kröger und Quistorf wurde in üblicher Weise geehrt. Aufgenommen wurden 3 Genossinnen und 2 Genossen. Zugezogen sind 2 Genossen. Die Abrechnung vom 2. Quartal, vom 1. Juli bis 1. Oktober, ergab eine Einnahme von 670,54 Mk., eine Ausgabe von 422,35 Mk., so daß ein Kassenbestand von 248,19 Mk. vorhanden war. Genossin Evers gab den Kassenbericht vom Theaterabend der Frauen. Die Einnahme war 63,50 Mark, der eine Ausgabe von 51,20 Mk. gegenüberstand, demnach war ein Überschuf von 12,30 Mk. zu verzeichnen. Von Genossin M. Fick wurde berichtet, daß der Zentralvorstand beschlossen habe, vorläufig den Frauen zu gestatten, eine eigene Kasse zu führen und zwar bis zur Generalversammlung des Zentralvereins. Dieser Anrege wurde gegen vier Stimmen zugestimmt. Als erster Vorsitzender wurde G. Schulz an Stelle O. Nields gewählt. Eine deffentliche Frauenversammlung soll demnächst in Stockelsdorf stattfinden; für guten Besuch ist zu sorgen. Genossin Evers gab bekannt, daß am Donnerstag abend die Frauenversammlung stattfindet. Dieselbe möge gut besucht werden, da von der Frauenkonferenz berichtet würde; auch sei eine Kassiererin zu wählen.

Gr.-Grönuu. Ein größeres Schadenfeuer ätzerte in der verfloffenen Nacht die Gastwirtschaft von Kemp ein. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Brandschaden ist recht erheblich.

Malente. Die Steuerrolle der Gemeinde Malente liegt vom 22. d. M. bis zum 4. n. M. einschließlich im Geschäftszimmer des Gemeindevorstehers Ohen zu Malente zur Einsicht der beteiligten Steuerpflichtigen aus. Die Einsicht ist jedem in der Rolle Verzeichneten, jedoch nur in Bezug auf seine eigene Steuerveranlagung, gestattet.

Hamburg. Bürgerschaft. Der gestrige vierte Tag der Universitätsdebatte brachte die Entscheidung. In Erwartung dessen war der Andrang zu den Logen und Tribünen wieder enorm. Die Debatte zog sich noch einmal bis nach

11 Uhr hin. Dann kam es zur namentlichen Abstimmung, die das Schicksal der Senatsvorlage besiegelte. Auch der Antrag, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, nach dem ein Ausschuf prüfen soll, wie auf andere Weise, als der Senat vorschlug, das allgemeine Vorlesungswesen und Kolonialinstitut aufrecht erhalten und ausgebaut werden können. — Ein tödlicher Unfall bei den Hafenbauarbeiten in Neumühlen. Dienstag nachmittag prallte ein mit Erdboden gefüllter Rippwagen gegen mehrere auf einer provisorischen Brücke stehende Rippwagen an, sprang aus den Schienen und stürzte ins Wasser. Hierbei wurden mehrere Arbeiter in die Tiefe geschleudert, von denen die Mehrzahl sich selbst retten konnte, weil die Wassertiefe an der zur Ebbezeit trocken liegenden Unfallstelle sehr gering ist. Ein Arbeiter, welcher unter den herabstürzenden Rippwagen geraten war, erkrank. Sein Körper wurde etwa eine Stunde nach dem Unfall aufgefunden. Die behördliche Untersuchung des Unfalles ist eingeleitet.

Altona. Ein bedeutendes Feuer entstand in der Fabrik von D. Rave Wwe. Die ganze Fabrik bitdete nach kurzer Zeit ein Flammenmeer. Nur das Maschinenhaus und die Sägerei konnten gerettet werden.

Riel. Die diesjährigen Stadterordneten wählen finden am 28. November statt. Es sind zu wählen neun Stadterordnete. Die Sozialdemokratie hat sechs Mandate zu verteidigen. In den zwei Bezirken, die sie bisher beherrschte, werden fünf Stadterordnete gewählt. Es ist also nur mit äußerster Kraftanstrengung möglich, den bisherigen Besthand an Mandaten zu behaupten. Die alte Mandatsziffer kann nur wieder erreicht werden, wenn es uns gelingt, den Gegnern einen weiteren Bezirk abzunehmen. Die Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Groß-Riel nominierte die Kandidaten für die Stadterordnetenwahl. Es wurden die aussehenden Stadterordneten Cappel, Greß, Lauenstein, Kindfleisch, Spiegel und Stieher in erster Linie wieder aufgestellt. Weiter wurden noch als Kandidaten bestimmt die Genossen Krause, Rah und Riechers. Genosse Boecksch-Berlin sprach über die „Arbeitslosenfürsorge“. Er behandelte das Thema besonders vom kommunalpolitischen Standpunkt aus. Mit diesem Vortrag wurde die Agitation für die Stadterordnetenwahl eingeleitet.

Tschow. Großfeuer. In Rethmisch wurde das Gewebe des Hofbesizers Jansen vollständig eingäschert. Die Erntevorräte sind mit verbrannt, während das Vieh rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden konnte.

Schwerin. Das Ende der Verfassungskomödie. Das Ministerium Bassewitz hat aus der erneuten Ablehnung seiner Verfassungsvorlage, die am Dienstag erfolgte, die einzig mögliche Konsequenz gezogen, und dem Großherzog seine Demission angeboten. Das Kabinett bestand aus dem Ministerpräsidenten Grafen v. Bassewitz, dem Minister des Innern Staatsrat Dr. Lanafeld und dem Finanzminister v. Bressent. Obgleich zur Stunde die Entscheidung des Großherzogs noch nicht bekannt geworden ist, nimmt man doch allgemein an, daß er das Entlassungsgesuch genehmigen wird. Die auf Mittwoch vormittag 11 Uhr anberaumte Sitzung des außerordentlichen Landtages wurde auf 1 Uhr verschoben und verlief unter großer Unruhe. Es gelangte ein großherzoglicher Landtagsabschied zur Verlesung, der besagt, daß der Landesherr den gestrigen Entschluß der Stände (Ablehnung der Verfassungsvorlage), nicht annehme. Andererseits könne er sich auch nicht entschneiden, von seinem Rechte Gebrauch zu machen, nunmehr dem Lande aus eigener Gewalt eine Verfassung zu geben. Dieser Schritt, die Anwendung des Manutenezrechtes, das ihm unbestreitbar zustehe, würde die größte Beunruhigung im Lande hervorrufen müssen. Weiter wird darauf hingewiesen, daß es nun doch wohl nötig sei, daß das Reich zu einer Regelung der mecklenburgischen Verfassungsfrage schreite. Es wird aber angefügt, der Großherzog persönlich wünsche eine solche Lösung des Problems nicht. Auf keinen Fall aber solle die Verfassungsangelegenheit jetzt ruhen. Die Einführung konstitutioneller Formen sei weiterhin das unverrückbare Ziel des Landesherrn. Nach der Verlesung dieses Reskripts fand die Ritterschaft noch Muße, sich über die Stellung der Regierung zu beschweren, die ihr etwas verschleiert Selbstsucht vorgeworfen hatte. Darauf ging der Landtag auseinander. Die Strelitzer Minister begaben sich sofort nach Großitz zurück, und man nimmt an, daß sie dort noch heute abend ebenfalls ihre Demission abieten werden.

Vor Jahresfrist wiesen patriotische Juristen auch nach, daß der Großherzog kraft des ihm zustehenden Manutenezrechtes befugt ist, eine Verfassung auf dem Wege der Otkroyierung in Wirksamkeit zu bringen. Andere, nicht minder patriotisch gesinnte Juristen machten sich an den Nachweis, daß dem berechtigten Freienvader Schiedspruch Rechtskraft eigentlich gar nicht innewohne, der die alte Verfassung (den Landesgrundgesetlichen Erbvergleich) durch Hinwegräumung der 48er Revolutionsverfassung zum Unselgen Mecklenburgs, aber zum Vorteile des Portemonnaies der Junkerherrschaft wieder einführt.

Und in feierlicher Sitzung des Schweriner Staatsministeriums vom 17. November 1912 erklärte der Großherzog Friedrich Franz IV.:

Wenn der außerordentliche Landtag die neue Verfassungsvorlage ablehnt, werde ich die (verpöchte zeitgemäße) Verfassung otkroyieren.

Und nun hat der Schweriner Großherzog erklärt, daß er von der Otkroyierung absehe. . . . Die Ritter wissen, was sie diesem Großherzog bieten können.

Bremerhaven. Zum Streit der Mieter. Die Mieter der Tecklenborg-Werft in Bremerhaven Gesetmünde, die seit dem 18. Oktober in Streit standen, haben in einer Versammlung am Mittwoch, 29. d. M., beschlossen, den Streit aufzuheben. Die Arbeit wird heute, Donnerstag, wieder aufgenommen. Die Arbeiter, die infolge des Mieterstreiks entlassen wurden, treten ebenfalls wieder in das alte Arbeitsverhältnis ein. Der Streit zwischen den Mietern und der Firma war wegen Verweigerung der Ueberhöhe für durch den Werftarbeiterstreik unterbrochene Akorde entstanden. Die Werktleitung glaubte auf Grund der Arbeitsordnung zu ihrem Vorgehen berechtigt zu sein. Die Arbeiter haben nun die Absicht, die Sache auf dem Rechtswege zum Austrag zu bringen, und haben deshalb den Streit aufgehoben.

Quittung. Für die Arbeiterjugend in Stockelsdorf gingen ein: Von den Arbeitern der Firma Haemann u. Sohn, Vorwerker Wiesen 2— Mk. Die Jugendkommission, Stockelsdorf.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

Von Dr. Erdmann, Mitglied des Deutschen Reichstages.

IV.

Die Wendung der christlichen Gewerkschaften zum Klassenkampf und ihre Annäherung an die sozialistische Arbeiterbewegung wurde nicht nur vom Zentrum, sondern viel mehr noch von der Kirche übel aufgenommen. Es sei bemerkt, daß streng kirchlich gesinnte Leute unter den deutschen Katholiken von vornherein mit der Bildung der christlichen Gewerkschaften unzufrieden waren. Ihnen schien das Zusammensein mit evangelischen Arbeitern schon eine große Gefahr für das Seelenheil der katholischen Arbeiter zu bedeuten. Namentlich erregte es in diesen Kreisen auch Anstoß, daß in den Kundgebungen der christlichen Gewerkschaften vielfach die Rede war von allgemein christlichen, das heißt beiden Bekenntnissen gemeinsamen Grundfragen. Gibt es doch nach den Lehren der katholischen Kirche nur ein Christentum, nämlich das der katholischen Kirche, während der evangelische Glaube einen Abfall vom wahren Christentum bedeutet. Der Widerstand dieser streng kirchlichen Kreise im deutschen Katholizismus wuchs, als die christlichen Gewerkschaften sich mehr und mehr der Taktik der sozialistischen Verbände bedienten, als sie mehr und mehr auf eine selbständige Arbeiterbewegung aufzuebauten und mit dem Anspruch auftraten, die wirtschaftlichen Angelegenheiten ihrer Mitglieder aus eigener Kraft unter Beiseitelassung geistlicher Ratschläge und Einmischungen, zu regeln.

Diese überkirchlichen Kreise wußten die Aufmerksamkeit der deutschen Bischöfe auf das Gefährliche der neuen Bewegung hinzulenken und die geistlichen Oberhirten erließen dann im Oktober 1900 ein Schreiben an die Geistlichkeit, worin die christlichen Gewerkschaften als Unternehmungen bezeichnet wurden, die mit den kirchlichen Lehren in Widerspruch ständen und darum für katholische Arbeiter ungeeignet seien. Wenn katholische Arbeiter das Verlangen hätten, ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen, möchten sie sich in ihren Gesellen- und Arbeitervereinen beruflich gruppieren und in diesen Fachabteilungen, beraten und geleitet von den geistlichen Vorständen, für ihr irdisches Wohl tätig sein. Das war in klipp und klaren Worten die Verurteilung der christlichen Gewerkschaften durch das bischöfliche Urteil ermutigt, gingen die streng kirchlichen Katholiken mit der Gründung jener von den Bischöfen empfohlenen Fachabteilungen vor. Es bildete sich neben den christlichen Gewerkschaften eine streng katholische Gewerkschaftsbewegung, die sich rühmte, in vollem Einklang mit der kirchlichen Lehre, mit den Forderungen der Päpste und Bestrebungen der geistlichen Autorität zu stehen. Diese Bewegung trat mit viel Entschiedenheit auf, da sie sich der Gunst der hohen und höchsten Geistlichkeit sicher wußte; sie arbeitete mit vielem Eifer und wandte ihre Kraft insbesondere der Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften zu. Sie war unsinnig in ihren Voraussetzungen und unfruchtbar in ihren Leistungen, aber schließlich war sie doch nur die ehrliche und folgerichtige Durchführung dessen, was die christlichen Gewerkschaften nur halb zu Ende führten. Ist die Voraussetzung im Programm der christlichen Gewerkschaften richtig, daß die wirtschaftlichen Aufgaben der Arbeiter nur unter Beobachtung der christlichen

Grundzüge gelöst werden können, dann ist auch die Schlussfolgerung der katholischen Gewerkschaftsleute geboten, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit katholischer Arbeiter sich nur auf katholischem Boden und in engstem Zusammenhang mit der katholischen Kirche zu vollziehen hat, da es für einen Katholiken nur eine Religion, den katholischen Glauben, geben kann. Die Unsinnigkeit der rein katholischen Gewerkschaftsbewegung zeigt eben, wohin man kommt, wenn man die Religion mit dem wirtschaftlichen und politischen Leben verquilt! Die beiden Richtungen in der katholischen Gewerkschaftsbewegung haben sich bis heute auf das heftigste bekämpft, Beide waren bemüht, die Bischöfe und den Papst für sich zu gewinnen und womöglich durch einen Nachspruch von höchster kirchlicher Stelle aus den Gegner zu vernichten. Hierbei zeigte sich mal wiederum die Halbheit und Unehrlichkeit der christlichen Gewerkschaften. In ihrem Programm verkündeten sie, daß sie selbständige Organisationen seien, unabhängig nach der politischen wie nach der kirchlichen Seite hin. Wenn sie das wären, was brauchten sie sich dann um die Angriffe und die Anklagen zu kümmern, die von der streng katholischen Richtung in religiöser Hinsicht gegen sie gerichtet werden? Was brauchten sie sich um die Gunst der Bischöfe und des Papstes zu bemühen, was brauchten sie sich zu sorgen, ob sie von der kirchlichen Seite anerkannt oder verurteilt werden? Nein, die christlichen Gewerkschaften sind nicht unabhängig von der Kirche. Ihre Mitglieder haben als Mitglieder der katholischen Partei, des Zentrums, darauf zu sehen, daß sie es mit der Kirche aus politischen Gründen nicht verderben, und die christlichen Gewerkschaften sind für ihre Agitation so sehr auf die Gunst und die Hilfe der Geistlichen angewiesen, daß sie nicht im selben Augenblick verloren sind, wo die Kirche die Hand von ihnen abzieht oder wider sie mobil macht.

Man versteht also die Bemühungen der christlichen Gewerkschaften, die Angriffe und Anklagen ihrer streng katholischen Brüder bei Papst und Bischöfen abzuwehren. Hierbei hatten sie nur wenig Glück. Das gegenwärtige Oberhaupt der katholischen Kirche hält auf Glaubensreinheit und Unterordnung, und in dieser Beziehung waren ihm die Leute von der katholischen Gewerkschaftsrichtung die besseren Christen. Der Papst lobte sie bei jeder Gelegenheit und pries ihre Grundzüge und Vereinigungen als diejenigen, die seinen vollen Beifall hatten. Nahte sich ihm die andere Seite, so gab es zwar auch einige väterlich freundliche Worte, die aber doch mehr als eine Ermahnung zum Gehorsam und zur Befolgung des rechten Weges klangen. Die Worte des Papstes wurden gegen die katholische Richtung immer freundlicher, gegen die christliche Richtung immer unfreundlicher. Der Streit der beiden Richtungen nahm immer heftigere Formen an, er griff über in das politische Leben der deutschen Katholiken. Da kam nach langem Hin und Her am 24. September 1912 die päpstliche Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage in der Gestalt der Enzyklika Singulari quadam.

Man weiß, daß der Papst jene Bewegung in Italien, die man christliche Demokratie nannte, und eine ähnliche Bewegung in Frankreich, den Sillonismus, verboten hat. Die Mitglieder dieser Bewegungen waren gute Katholiken, die dem Papste Gehorsam in allen Sachen des Glaubens versprachen, die nur eine gewisse Selbständigkeit in ihren wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen beanspruchten. Der Papst verlangte auch bezüglich dieser Bestrebungen Unterordnung unter die kirchliche Weisung und Leitung, und weil jene Organisationen nicht auf

ihre Selbständigkeit verzichten wollten, wurden sie kurzerhand verboten. Dasselbe Schicksal hatten die Leute der streng katholischen Richtung auch den christlichen Gewerkschaften vorausgesagt, und es besteht kein Zweifel, daß der Papst die Absicht gehabt hat, die christlichen Gewerkschaften zu verbieten. Wenn diese Absicht nicht durchgeführt worden ist, so nur deshalb, weil einflussreiche Leute im deutschen Katholizismus und, weil einzelne Bischöfe und weil die deutsche Reichsregierung eingeschritten sind, um das Verbot zu verhindern. Es ist soeben gesagt worden, was für ein Interesse ein Teil der Zentrumsparterie an der Erhaltung der christlichen Gewerkschaften hat; was die deutsche Reichsregierung zu einem Einschreiten veranlaßt hat, soll später erörtert werden.

Die Gewerkschaftsencyklika des Papstes Pius X. sprach sich grundsätzlich für die rein katholische Gewerkschaft, die ihre Tätigkeit in stetem Zusammenhange mit der Kirche verrichtet, als für die katholischen Arbeiter geeignete Organisation aus. Er will aber mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Deutschland auch gemischte, das heißt aus katholischen und evangelischen Arbeitern bestehende Gewerkschaften, dulden, wo die Bischöfe solche für angebracht halten. Diese bischöflich genehmigten und päpstlich gebuldeten Gewerkschaften müssen sich aber jedes Eingriffs in die von den rein katholischen Organisationen besetzten Gebiete enthalten; sie müssen sich ferner verpflichten, den Forderungen der Bischöfe bezüglich der Grundzüge und der Tätigkeit ihrer Organisationen getreulichst nachzukommen!

Grundsätzlich vom Papst verurteilt, auf Widerruf gebuldet, im übrigen völlig dem Gutdünken der Bischöfe ausgeliefert — das ist nach allerhöchster kirchlicher Entscheidung die gegenwärtige Lage der christlichen Gewerkschaften. Und haben sich die Führer und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegenüber einer solchen Zumutung wie Arbeiter und Männer benommen? Mit nichts! Sie haben sich die Entmannung gefallen lassen und Gehorsam gelobt!

Aus der Partei.

Ein Verführer. Wegen angeblicher Beleidigung des Chemnitzer Stadtrates wurde der verantwortliche Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme“, Gen. Meyer, zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte in einem Artikel ein Gerichts-urteil glossiert, das einem seiner Kollegen 6 Wochen Gefängnis einbrachte. Es handelt sich um eine Kritik der Arbeitsordnung für das städtische Müllabfuhr-Gewerbe, die so ungläubliche Bestimmungen enthält, daß selbst der Vorsitzende des Gerichts sich zu dem Ausdruck bekennen mußte, daß einzelne Paragraphen äußerst scharf und unsozial seien. — Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Die staatsgefährliche Wissenschaft vom Menschen. Genosse Brucker hält gegenwärtig im Auftrage des Zentralbildungsausschusses unserer Partei in Schleien Vorträge über das Thema lautet: „Menschenkunde“. In Weistertwig bei Ohlau wurde die Vorführung der Lichtbilder durch den Amtsvorsteher unteragt. Auf telegraphische Beschwerde an den Landrat antwortete dieser, dem Amtsvorsteher müsse vorher ein Verzeichnis der vorzuführenden Bilder eingereicht werden. In der Begründung des Verbots des Amtsvorstehers führte der Landrat u. a. aus: „Ein Vortrag über die Entwicklung des Menschen mit erläuternden Lichtbildern unter Zulassung von Kindern ist nach der allgemeinen Auffassung des Lebens objektiv als geeignet anzusehen, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl gestörter Menschen zu verletzen.“ Schließlich wurde der Lichtbildervortrag unter der Bedingung gestattet, daß jugendliche Personen unter 16 Jahren nicht anwesend sein dürfen. — Nunmehr wird sich

Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von Ludwig Bauder.

(2. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Und so lange sind Sie zu Hause entbehrlich?“
„Das Reisen ist mein Geschäft, zunächst um Verbindungen anzuknüpfen, Engagements abzuschließen —“
„Und Ihre Erfolge bisher, wenn ich fragen darf?“
„Erfolgreich die Zukunft und die Gemeinschaft mit Künstlerinnen wie Sie, mein gnädiges Fräulein, sollen mir Erfolge verschaffen.“ Mit Emphase brachte Bartuschek sein Kompliment zur Geltung. Es erinnerte an das Sprichwort von dem Speck und den Mäusen. Auch Maria mußte demgemäß empfinden.

Gleichsam, als ob sie die nicht ganz taktvolle Schmeichelei mißbilligte, gab sie durch eine Handbewegung ihr leise abwehrendes „Bitte, bitte“ zu erkennen. Herr Bartuschek fuhr fort:

„Bis vor kurzem lebte ich als Privatier, aber der Untätigkeit müde —“ Ein anscheinend plötzlich auftauchender Gedanke ließ den Sprecher sich selbst unterbrechen. Er griff in die Seitentasche seines Rockes und brachte ein Portefeuille zum Vorschein.

„Damit Sie jedoch nicht etwa auf den häßlichen Gedanken verfallen, mein gnädiges Fräulein, ich sei — zahlungsunfähig oder — schlimmer als das — ein zielloser, auf Zufälligkeiten reisender Abenteuerer, so bitte ich, nehmen Sie, falls mein Anerbieten Ihnen nicht ganz unympathisch, von mir eine a. Konto-Zahlung entgegen. 500, auch 1000 Mark, sie sind mir nicht zu viel, um mich Ihre unschätzbare Kraft zu verschern.“

Mit der harmlosesten Miene, offenbar nur seinen geschäftlichen Gedanken anhängend, begann Herr Bartuschek seine Kassenscheine auf den Tisch zu zählen. „Einhundert, zweihundert, dreihundert, vierhundert —“

„Nicht weiter, mein Herr,“ unterbrach hier Maria den ihr jetzt doch etwas merkwürdig erscheinenden Besuch. „Mich dünkt, noch sind wir uns doch wohl zu wenig klar über das, was Sie verlangen, über das, wozu ich mich verpflichten möchte. Zwar ist mir Ihre hohe Einschätzung meiner Leistungen ebenso schmeichelhaft wie erfreulich, jedoch —“

„Aber Sie sollen durch Annahme dieser kleinen Summe zu nichts verpflichtet sein, mein gnädiges Fräulein. Im Gegenteil, ich nur wollte mich gebunden zeigen —“

„Bitte, davon kann doch gar keine Rede sein. Erst bringen Sie gefälligst Ihren Plan in feste Form. Sehen Sie den Kontrakt auf, und dann will ich mich erklären, ob mir Zeit,

Gage und die sonstigen Bedingungen passen werden. Bis dahin —“

Maria ließ, obgleich sie in verbindlichem Ton verharrte, ihr Gegenüber kaum im Zweifel darüber, daß für sie die Unterhaltung ihr Ende erreicht haben sollte, schwer aber nur schien Herr Bartuschek dies zu verstehen. Mit Kennerniemer betrachtete er, um verweilen zu dürfen, die wenigen, durchaus geringwertigen Bilder, welche bestimmt waren, die Wände des Zimmers zu verzieren und läutete daran Bemerkungen, die den Verfertiger dieser Kunstwerke nicht allzu angenehm in die Ohren klingen würden.

„Wenn Sie nicht, gnädiges Fräulein, wie ich annehme, möbliert wohnt, so könnte ich die Dreistigkeit haben, Sie eines schlechten Geschmacks zu zeihen. Unerhört, daß solche Kunstwerke überhaupt in den Handel kommen. Meinen Sie nicht auch?“

„Gewiß. Doch, wenn man, wie wir Leute vom Theater, ein Zigeunerleben führt — Man muß da vieles in den Kauf nehmen.“

„Ja, ja, vieles, das glaube ich. Ich hörte, daß sogar Sie, mein gnädiges Fräulein, hier noch von besondern Unannehmlichkeiten betroffen wurden.“

„Mein Herr —“

„Gegenüber der Ungunst eines Direktors aber, wie Herr Utmann, sollten Sie auch einen Förderer, einen Freund nicht verschmähen, der — der — der zu sein ich selbst mich glücklich schätzen würde.“

Solche unerwartet dreistigen Worte Bartuscheks, zu denen sein indiskreter Blick auf Marias reizende Gestalt in richtigem Einklang stand, nahmen dieser für einen Augenblick die Fähigkeit, zu antworten und da kam es ihr sehr gelegen, daß eben gerade jetzt Tante Christine den Kopf durch die Tür steckte.

Gerade zuvor hatte sie mit Wieiele die Meinung darüber ausgetauscht, daß es doch eigentlich nicht passend sei, einen ersten Besuch so lange auszudehnen.

„Um vier Uhr hast du Probe, Kind!“ raunte sie, auf möglichst hörbaren Flüsterlaut abgestimmt, Maria zu. „Dein Kaffee wartet schon, du solltest dich beeilen.“

Diesem Wink konnte auch Herr Bartuschek sich nicht entziehen, zögernd griff er nach seinem Hut, machte dann Maria eine Abschiedsbewegung und war im Begriff, sich der Ausgangstür zu nähern.

„Aber Sie vergaßen Ihr Geld, mein Herr,“ rief Maria, noch ziemlich erregt, ihn zurück.

„Und Sie könnten sich wirklich nicht entschließen, zu meiner geschäftlichen Beruhigung, gnädiges Fräulein, — ich hoffte immer noch —“

„Nein nein, nichts davon. Ich bitte dringend —“

Ein energisches Hindeuten auf die Scheine veranlaßte Bartuschek, diese seiner Tasche wieder einzuwerfen. Zögernd und mit Kopfschütteln leistete er Folge.

„Und ferner eine Bemerkung möchten Sie mir gestatten —“ ergriff Maria nochmals das Wort. „Wenn Sie in Ihren Verträgen die Reisedaten ausfüllen, so bitte, in dem meinigen für zwei Personen.“

„Für zwei Personen?“

„Ja, für mich und meine Tante. Ohne eine mir jugendliche Begleitung würde ich für die Tournee von vornherein nicht zu haben sein.“

Sehr angenehm überrascht sah Herr Bartuschek von der neuen Bedingung nicht. Hatte er sich in der Vorübergehenden Gelegenheit auch noch so freigebig gezeigt, diese Kosten für die — Tante erschienen ihm zu viel.

Zweites Kapitel.

Beim Herrn Kommerzienrat Rebentisch war Gesellschaft großen Stils. Die ganze erste Etage der an Luxus und Geschmack alles Denkbare bietenden Villa mit dem herrlichen Musiksaal, inmitten sechs anderer geräumiger Zimmer, erstreckte im Ganze vieler hunderter von Flammen und Fräuleinchen. Eine kleine Schar von weißbaumwoll-behandelten Dienern und Zofen lief geschäftig treppauf, treppab, teils um sich beim ersten Zeichen der von außen ertöndenden Glocke prompt auf die einlassbegehrenden Gäste zu stützen, teils um die erforderlichen Beigaben an Zucker, Rum, Sahne und Kuchen für den unerläßlichen Tee aus den im Souterrain befindlichen Wirtschaftsräumen heraufzuschaffen.

Fräulein Therese, die Stütze des Hauses, von den ihr unterstellten Diensthofen ebenso geführt wie geholt, setzte mit souverän beaufsichtigenden Blicken noch einmal durch sämtliche Räume, ja, sogar die Kommerzienrätin in höchst eigener Person steckte, wiederum zum Aerger der Stütze, ihre große, nicht eben klassische Nase auch noch in diesen oder jenen Winkel der — Kontrolle halber.

„Ob mein Mann noch immer mit seiner Toilette beschäftigt ist?“ richtete die Kommerzienrätin ihre Worte an die Stütze. „Er wird ja gar nicht fertig heute. Erhielt er wieder, wenn das Gros der Gäste schon verjammelt ist, und überlasse mir die schwere Bürde der Begrüßung allein, ich wäre außer mir.“

„Soll ich vielleicht hinausschicken, gnädige Frau?“

„Ja, schicken Sie. Ich lasse Herrn Kommerzienrat bitten —“

„Stich zu befehlen. Gar nicht nötig meine Liebe, denn da bin ich schon.“ Hat der Kommerzienrat, in das Zimmer tretend, seiner Gemahlin ins Wort. „Kann mich ja wohl mal

der Regierungspräsident mit dem Vorgehen seiner untergeordneten Instanzen zu beschäftigen haben.

Anschläge gegen die Ortskrankenkassen.

Ebenso interessant wie notwendig ist es, zu beobachten, wie die Staatsbureaucratie ihren heimlichen Wünschen auf Umwegen zuzuschleicht, wenn sie direkt nicht zu verwirklichen waren. Hier von zeigen wiederum die Maßnahmen, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, von der preussischen Regierung gegen die arg verkrüppelte Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen geplant sind. Preußen strebt eigentlich von jeher nach der Verstaatlichung, mindestens nach der Kommunalisierung der Ortskrankenkassen. Regierungsrat Hoffmann vom preussischen Handelsministerium verfuhr bekanntlich schon 1900 haarlos nachzuweisen, wie es innerstes Bedürfnis der Krankenversicherung sei, die zu zentralisierenden Ortskrankenkassen an die Gemeindevorkontrollen anzugliedern, den Kassen vorstehenden aus der Zahl der Kommunalbeamten zu ernennen und die Angestellten durch die Gemeinden, natürlich auf Kosten der, zu bestellen. Das war nun mit der Reichsversicherung nicht zu erreichen. Selbst die Unternehmer wehrten sich gegen solche Entmündigung. Sie ließen sich von der Regierungsbureaucratie aber auf den Leim locken, als jene Bestimmungen gut verhält wurden in der Gewährung weitgehender Einflüsse und Befugnisse an die Arbeitgebervertretung auf Kosten der Versicherten. Denn die jetzt vorgeschriebene Wahl des Kassenvorstehenden und der Angestellten durch die getrennte Abstimmung der Unternehmer und Arbeiter im Kassenvorstand spekuliert auf die Uneinigkeit dieser Gruppen, damit dann recht oft die Versicherungsbehörden Vorstehende wie Angestellte ernennen können.

Das mag für den Anfang nicht viel sein, spornet aber umsomehr Preußens Latendrang an. Neuerdings zeigt man sich den Krankenkassen sogar — gefällig und richtet eine staatliche Stellenvermittlung ein, damit sie ja nicht Mangel leiden an „geeigneten“ Bewerbern. Noch ist also die Ernennung des Kassenvorstehenden nicht die Regel, aber den Militär-anwärtern und pensionierten Offizieren — wo soll man hin mit dieser Kassenware, nachdem sich selbst Industrie und Handel für den Kommissar bedanken? — haut man recht emsig den Weg bis zu den Kassenanstellungen.

Solcher Verpreuung der Ortskrankenkassen soll jetzt eine weitere Maßnahme dienen. Preußens Regierung wird demnächst das „Muster“ einer Dienstordnung herausbringen, die nach dem Gesetz für die Kassenangehörigen geschaffen werden muß. Zwei Punkte in der preussischen Dienstordnung sprechen eine deutliche Sprache dafür, wie mit allen Mitteln verjagt wird, die Macht der staatlichen Versicherungsbehörden auf Kosten der verringerten Selbstverwaltung dominierend auszugestalten. Das sind die Vorschläge für

1. einen Prüfungsausschuss und
2. die Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt.

Das preussische Handelsministerium möchte den Krankenkassen einen Prüfungsausschuss vorschreiben, vor dem jeder Angestellte, der angestellt oder befördert werden soll, seine fachliche Befähigung zu erbringen hat. Solche Prüfungen hat man allerdings schon in einigen großen Kassen. Aber — und das ist der springende Punkt — hier prüfte der Kassenvorstand unter Mitwirkung leitender Angestellten. Nunmehr soll aber der Prüfungsausschuss durch die Dienstordnung überall geschaffen und wie folgt besetzt werden: ein Vorstandsmitglied, ein Angestellter und ein Vorsitzender, den aber das Versicherungsamt, also die Behörde, bestellt! Die Amtsdauer wird gleich auf sechs Jahre hochgeschraubt. Das Verfahren des Prüfungsausschusses und den Gang der Prüfung soll eine Prüfungsordnung regeln, die wiederum von einer behördlichen Stelle, dem Oberversicherungsamt, zu genehmigen wäre. Dem Vorstande ist damit jegliche Selbständigkeit bei der Auswahl der Angestellten genommen, denn er könnte nur noch solche Arbeitskräfte anstellen, deren Anstellung auf dem Wege der Prüfung ihm von dem ernannten Vorsitzenden des Prüfungsausschusses erlaubt wird. Der Vorsitzende soll nämlich autorisiert werden, jeden Beschuß des Prüfungsausschusses beim Versicherungsamt zu beanstanden; über diese Beanstandung entscheidet alsdann der Vorsitzende des Versicherungsamtes endgültig; also auch die hier amtierenden Vertreter der Arbeiter und Unternehmer werden ausgeschlossen.

Gelänge dieser Anschlag, dann — ade Selbstverwaltung! Deshalb muß sich die breitere Öffentlichkeit mit diesem dreifachen Vorstoß beschäftigen, um die Staatsbureaucratie in ihre Grenzen zurückzuweisen. Es ist umsomehr ein dreifacher Vorstoß, weil für solchen Prüfungsausschuss aber auch jegliche gegläubte Unterlage fehlt. Das bekräftigt den Verdacht, es

händelte sich dabei um Erlangung eines Stieles, das solche Taten lohnt. Und wahrhaftig, auf solchem Wege den Kassenverwaltungen die Militärwärter an den Hals zu hängen — das ist ein Preis, für den man eine kleine Bloßstellung in den Kauf nehmen würde!

Interessant wird sein, wie die Unternehmer diese Absichten aufnehmen werden. Nach Tische wird auch ihnen zu verstehen gegeben, daß sie ebenso wenig Vertrauen verdienen, wie die roten Arbeitervertreter.

Daß das Versicherungsamt so faktisch zum Beherrscher der Ortskrankenkassen werden würde, genügt augenscheinlich noch nicht. Auch die vorhandenen Angestellten, die den famosen Prüfungsausschuss nicht mehr zu passieren brauchen, sollen untertan sein der Behörde. Deshalb möchte man sie zu Staatsbeamten machen. Hierfür soll § 359 der Reichsversicherungsordnung herhalten. Ein Kassenvorstand kann danach „Beamte auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt anstellen“. In der Reichstagskommission erläuterte das ein Regierungsvertreter so: „Der Entwurf sehe hier die Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt nicht in Gegensatz zu der lebenslänglichen oder der unwiderruflichen Anstellung. Die Ausdrucksweise des Entwurfs nehme nur darauf Rücksicht, daß in einzelnen Bundesstaaten die Anstellung auf Lebenszeit nicht üblich sei; sie werde dort durch eine unwiderrufliche Anstellung oder eine Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt ersetzt. Auch bei der lebenslänglichen und der unwiderruflichen Anstellung werde regelmäßig ein Ruhegehalt gewährt.“ Diese Auslegung war für die Zustimmung des Reichstags ausschlaggebend. Daraus ergibt sich, daß mit den Worten „Anrecht auf Ruhegehalt“ materiell dasselbe gesagt wird wie mit der Anstellung auf Lebenszeit, daß es nur eine Aufzählung der in den Bundesstaaten verschiedenen Benennungen ist. Was möchte aber Preußen daraus machen? Es legt die angezogene Gesetzesstelle so aus, daß die Landesregierung berechtigt wäre, alle die Angestellten zu staatlichen Beamten zu machen, die von ihrer Klasse pensionsberechtigt, wenn auch auf Kündigung, also nicht lebenslänglich, angestellt sind. Solche Auffassung verhöhnt aufs Schärfste gegen die angezogene ausdrückliche Erklärung der Reichsregierung in der Reichstagskommission. Auch mit dem § 353 Ziffer 3 der R. V. O. steht diese Auslegung in unlöslichem Widerspruch, der auch von der Gewährung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge an Angestellte spricht. Dieses Recht soll hiernach in der Dienstordnung geregelt werden und unterliegt nur bei deren Genehmigung der allgemeinen Kontrolle des Oberversicherungsamtes, während bei dem Ruhegehaltsanspruch aus § 359 der R. V. O. in jedem Einzelfalle die Zustimmung dieser Behörde erforderlich ist. Kann man sich vorstellen, daß die Gesetzesgebung beide Bestimmungen geschaffen hätte, wenn die preussische Auslegung richtig wäre? Denn dadurch würde § 353 Ziffer 3 geradezu sinnwidrig. Er hat nur dann eine Existenzberechtigung, wenn eben nach ihm noch eine andere Anstellung mit Gewährung von Ruhegehalt zulässig sein soll, und das ist eben die Kündigung. Deshalb ist die Kommissionsklärung der Reichsregierung durchaus schlüssig und klar. Aber weil es nicht zu seinen reaktionären Wünschen paßt, will Preußen sich über das Wort der Reichsregierung hinwegsetzen, möchte es deren entscheidend gewesene Erklärung beiseite stoßen. Vielleicht überlegt es doch noch einmal die unermesslichen Konsequenzen, die gezogen werden müssen, wenn selbst Bundesregierungen sich nicht mehr gebunden erachten an derartige Versicherungen der Reichsregierung. — Zunächst allerdings steht fest, daß das preussische Handelsministerium eine soziale Einrichtung zum Besten von Angestellten als Strangulationsmittel gegen die Selbstverwaltung ausnützen möchte.

Preußen zieht systematisch Laufgräben um Laufgräben um die arg eingeschränkte Selbstverwaltung. Die Arbeiter und die Kassen werden sich nicht überlassen lassen, sondern aus den Plänen die Abwehrmaßnahmen treffen, die ihre Selbstverwaltung vor preussisch-deutschem Zugriff sichern.

Gemeinschaftsbewegung.

Buchdrucker und Verlags-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. Zwischen den in der Verlagsanstalt Deutscher Konsumvereine beschäftigten Buchdruckern und der Geschäftsleitung des genannten Betriebes bestanden seit längerer Zeit Differenzen, die auch zu einer umfangreichen Preßfehde zwischen den Organen beider Korporationen, dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ und der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, geführt hatten. Dieser Konflikt ist nunmehr durch eine Konferenz beider Parteien beigelegt worden. Es wurde nachstehende Erklärung vereinbart:

Nach einer Reihe Tage befristenden Erlebigung der in den Verhandlungen vom 15. Mai 1918 vertagten Beschwerden des Buchdruckerpersonals der Verlags-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. fand am Montag, den 27. Oktober 1918 eine Sitzung statt, an der als Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Verbandes die unterzeichneten G. Döblin, W. Dreier und Fr. Kungler, als Vertreter der Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. die unterzeichneten geschäftsführenden Vorstandsmitglieder: Heinrich Kaufmann, Dr. August Müller, Hugo Wästel und der Vorsitzende des Aufsichtsrates, A. v. Elm, teilnahmen.

Die Beteiligten haben sich über alle schwebenden Differenzen eingehend ausgesprochen und festgestellt, daß manche Mißverständnisse dazu beigetragen haben, die Situation gegen den Willen der Beteiligten zu verschärfen. Alle Mißverständnisse sind zu beiderseitiger Zufriedenheit durch die gegebene Aufklärung beseitigt.

Die Unterzeichneten ersuchen deshalb, die Auseinandersetzungen über die Differenzen in der Presse und in den Versammlungen in allseitigem Interesse einzustellen.

Beide Organisationen verständigten sich dahin, daß, falls in Zukunft größere Differenzen wieder vorkommen sollten, die Zentralkomitees beider Organisationen versuchen wollen, sie in freundschaftlicher Weise zu erledigen.

G. Döblin, W. Dreier, Fr. Kungler, A. v. Elm, Heinrich Kaufmann, Dr. Aug. Müller, Hugo Wästel.

Differenzen im Stettiner Fleischer-Gewerbe. Im Stettiner Fleischer-Gewerbe drohen allgemeinen Differenzen auszubrechen. Dem Zentralverband der Fleischer ist es verschiedentlich gelungen, mit den Fleischermeistern Tarife abzuschließen. In anderen Betrieben, wo das bisher noch nicht gelang, hat aber wenigstens die Organisation unter den Gesellen Eingang gefunden. Je mehr Boden der Verband gewinnt, umso nervöser und hartnäckiger aber werden die Meister. Vor kurzem haben die Fleischer im Geschäft von Paul Steeger die Arbeit eingestellt und die zuständigen Instanzen der Arbeiterschaft haben den Boykott über den Betrieb verhängt. Die Fleischer bei Steeger hatten Forderungen gestellt, auf die sich St. nicht einließ, indem er sich hinter einem Beschluß der Innung verschlangte. Der Verband der Fleischer, der die Forderung vertret, verhandelte mit dem Innungsvorstand. Obwohl die Organisationsvertreter bereit waren, von den minimalen Forderungen der Gesellen (dreizehnstündige Arbeitszeit einschließlich Eßpausen, Mindestlohn 13 Mk. und Kost und Wohnung, Bezahlung der Überstunden mit 50 Pfg., eine Lohnzulage von 1 Mk. sowie Benutzung des Verbandsarbeitsnachweises) noch Abstriche zu machen, lehnte der Innungsvorstand jedes Zugeständnis ab, ja er erklärte sogar, nicht zulassen zu wollen, daß Steeger den Fleischer auch nur in einem Punkte entgegenkomme. Herr Steeger selbst lehnte denn auch die Forderungen der Organisation rundweg ab. Das Verhalten der Innung beweist, daß sie es auf einen Machtkampf abgesehen hat. Diese Absicht findet ihre Bestätigung durch eine längere Ankündigung in bürgerlichen Stettiner Blättern. Die Tatsachen, die zur Arbeitsniederlegung geführt haben, werden natürlich in einem anderen Lichte dargestellt, dann aber wird ausdrücklich betont, daß sich die Innungsmeister dem Bestreben des Fleischerverbandes, seine Organisation zur Anerkennung zu verhelfen, „solidarisch“ und mit „vereinten Kräften“ entgegenstellen werden. Zum Schluß heißt es: „Nachdem uns der Kampf ausgenützt worden ist, bleibt uns aber nichts anderes übrig, als durch Aussperrung der dem Zentralverbande angehörigen Fleischer-Gesellen diesen zum Einklinken in Vernunft und Mäßigung zu veranlassen. Wir haben die feste Zuversicht, daß die Bevölkerung Stettins uns ihr verständnisvolles Vertrauen entgegenbringt. Dies mag als unser letztes Wort gelten. Auf eine weitere Preßerörterung mit dem Zentralverband, dessen Kampfesweise uns nicht liegt, werden wir uns nicht einlassen.“ — Damit hat die Innung den Gesellen den Krieg erklärt. An den organisierten Fleischer wie überhaupt an allen Arbeitern liegt es jetzt, Solidarität zu üben.

Terrorismusschwärmer. Vor einiger Zeit berichteten die „Kreuzzeitung“ und einige ihr geistesverwandte bürgerliche Blätter von einem Terrorismusfall in Kaiserslautern, verübt von Mitgliedern des Zimmererverbandes. Christliche Bauarbeiter sollten dort beim Kasernenbau, weil sie dem roten Terror, in den Verband der Zimmerer eingetreten, nicht folgten, beschimpft und mißhandelt worden sein. Nach unseren eingeholten Erkundigungen verhält sich die Sache wie

bei einer gewöhnlichen landläufigen Soiree um fünf Minuten verippen, aber heute, wo große Ereignisse bevorstehen! — Du brauchst mich in keinem Falle zu erinnern, meine Liebe.“ „Ach, Mama, die Aurora hat wieder ein Meisterstück geleistet, ich bin nicht nur an. Sehe ich nicht reizend aus?“ Mit diesen, unter erlichem Erzählen herabprudelnden Worten küßte Kriemhild, die einzige Tochter des kommerzienrätlichen Paars, die Treppe herab, zu ihren Eltern in das Zimmer. Mit Wohlgefallen schauten letztere auf das wirklich schöne, in einer eifeln gezeichneten Robe aber doppelt schon aussehende junge Mädchen, das zwar ihre Tochter war, für dessen äußere Vorzüge aber weder der eine noch der andere Teil des alternden Paares zur Verantwortung gezogen werden konnte.

Zeichnete der Kommerzienrat sich aus durch große Magerkeit, einen unheimlich fahlen Kopf und absteigende Ohren, zwischen denen eine jämliche, bleiche Gesichtsfarbe sich wenig angenehm bemerkbar machte, so war bei seiner Gattin betreffs des körperlichen Umfanges das Gegenteil zu beobachten. Die Dame des Hauses war klein, sehr kompakt, dazu ausgestattet mit wirrigen, schlfrig dreihäufigen Säckeläugeln und, wie bereits erwähnt, mit umso größerer, nicht sehr lockerer Nase. Kehlig, wie um seine äußere Erscheinung, stand es auch um die Charaktereigenschaften des Paares. Beide waren grundverschieden von einander; er, trotz der wachsenden Sehzig noch immer der bewegliche, leicht erregbare, den Freuden des Lebens zugehörige Genüßmenschen, sie eine ziemlich gleichgültige, träge, jede geringere Unbequemlichkeit wie Gift schmeckende Natur und, abgesehen von einer beispiellosen Gesundheit gezeichnet, dennoch leidend und pflegebedürftig das ganze Jahr hindurch.

Und nun, diesen beiden Extremen entgegen, Kriemhild, das neunzehnjährige Tochterlein! In nichts hinter dem Bilde der Kommerzienrätin, der Kriemhild des Rabelsanges liebes paradiesisch, wie sie gleichsam zu einer Königin in den Salons ihrer Vaterstadt aufsteigen. Der männliche Teil der Jugend dabei, in der Kriemhild, Kommerzienrat, war, während der weibliche, einige mäßigende Seelen ausgenommen, einem Heißhunger gleich, um ihre Gattin, um ihre Freundschaft begehrt.

Sozial bereits hatte die Glöck im Korridor ausgeklungen und in kurzen Zwischenräumen sprachen weitere Zeichen dafür, daß der Empfang der Gäste in vollem Umfange begonnen hatte.

„Ach, was das Vergnügen teilhaftig war, zu den langangehenden Kreisen der Stadt gehört zu werden, war mit

einer Einladung bedacht worden, denn glänzender, als je, sollte sich diese „grand soiree“ bei Kommerzienrats abspielen, das Ereignis der Saison sollte sie bilden, dem kein anderes annähernd zur Seite gestellt werden konnte.

Präulein Jeanette de Berner, eine Koloraturfängerin, von deren Beziehungen zu einer höchstehenden Person man viel munkelte und die am Hoftheater der Residenz eine hervorragende Stellung bekleidete, war zu mehreren Gastspielen von der Direktion des Stadttheaters gewonnen worden, und Herr Kommerzienrat Rebenitzsch, der an der Spitze des städtischen Ausschusses für Theaterangelegenheiten stand, hatte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, sofort den berühmten Gast auch für einen musikalischen Abend in seinem Hause zu engagieren.

Auf das häßliche Sümmechen von 1200 Mark, das die Künstlerin verlangte, kam es dem Kommerzienrat durchaus nicht an, dafür bot er seinen Gästen auch etwas Außergewöhnliches, ganz Besonderes. Konnte er dann in der Stadt herum-schwärzen hören: „Was der alles in's Werk legt! Niemand außer ihm kriegt's fertig.“ so war seinem Ehrgeiz genügt, er hand groß da als reicher Mann sowohl, wie auch als Kunstmännchen, als den er sich für's Leben gern aufspielte. Heiße doch auch er früher einen „ungewöhnlich schönen Tenor“ sein eigen genannt, um dessen zeitweiligen Besitz sich die ersten Theaterunternehmer der Welt den Rang streitig gemacht haben würden, wenn — Aber der Kommerzienrat hatte nie gewollt.

Wie es schon webte und wogte in den mit Blumenarrangements herrlich geschmückten Räumen, deren jeder einzelne durch die Sonderheit seiner Ausstattung dem Auge etwas Neues, Interessantes bot.

„Einen Gehmaß sieht man hier entwickelt, Donnerweiter!“ äußerte sich der Hauptmann von Schlegel azerkennend zu dem neben ihm stehenden Affessor Langhammer. „Sein Fürsten Spielstein in Berlin, wohin ich jüngst die Ehre hatte geladen zu sein, war solcher Pomp nicht annähernd zu erwidern, nicht annähernd.“

„Sich bewegen wohl nicht, weil der Fürsten einem an die Spitze, der Pump viel mehr in der Gemüchheit liegen soll, als der Pump“, entgegnete der in schlichten, ebenso wie in guten Wigen gera excellierende Affessor. „Es läßt sich schwer repräsentieren, wenn man die Kikel in der Tasche zählen muß.“

Hauptmann gegen das Ohr des Affessors. „Zünzjehnhundert Mark!“

„Zünzjehnhundert? danke! Ganz anständig für drei-pauvre Lieder — was? Schubert, Brahms, oder solchen Kram.“

„Ich stehe der Musik ganz fern,“ lächelte in erhabener Unkenntnis dieser Namen der Hauptmann.

„Und dabei braucht sie's gar nicht mal. Die hat ganz andere Revenuen.“

„Pst!“ gebot der Hauptmann, sich schen umsehend. „Ich möchte nicht, daß man uns hört.“

„Sie wissen doch, der Thronfolger?“

„Erlauben Sie —“

„Der Thronfolger — 's ist ja nicht sehr schön von ihm!“

„Erlauben Sie, ich bin in Uniform!“

„Na also, lassen wir's. Was geht's auch uns an. Ob's ein geköntes Haupt ist oder'n commis voyageur, mit dem so eine vom Theater —“

Dem Hauptmann mochte das Gespräch doch allzuwenig zusagen. „Sie entschuldigen — zwei Kameraden dort —“ So unterbrach er kurz die Rede seines Partners, der mit offenem Munde da stand und ihm kopfschüttelnd nachsah, als er sich nach knapper Verbeugung den Weg durch die Reihen suchte.

„Auf was solche Militärs alles Rücksicht nehmen müssen, murmelte der Affessor vor sich hin. „Sehe, und dabei ist's ne Chose, die die Spazier von den Dächern pfeifen. Re Tasse Tee?“ Er wendete sich zu der fernstehenden, haubengeschmückten Jofe, die vor ihm trat. „Geben Sie, mein Kind. Aber nicht — nicht ohne Jamaica — so, ein zwei, drei, vier Löffelchen. Hehe!“ Während er umkehrte, verfiel er dann nochmals in's Kopfschütteln. Seine Gedanken konnten wohl von der traurigen Abhängigkeit der Offiziere nicht loskommen.

folgt: Am Kasernenbau war Mangel an Zimmerern vorhanden. Die ausführenden Firmen suchten in der Umgebung Zimmerer. Es meldeten sich zwei früher selbständig gewesene Zimmerer mit ihren vier Söhnen. Die Organisation der Zimmerer hat in Kaiserlautern wesentlich mit dazu beigetragen, daß die Löhne im Baugewerbe bessere geworden sind, und so war es ganz natürlich, daß die am Bau beschäftigten Mitglieder des Verbandes der Zimmerer die Zugereisten fragten, ob sie organisiert seien. Auf die Antwort, daß sie nicht organisiert seien, wurde ihnen erwidert, daß niemand ernten soll ohne gesät zu haben, sie als gute Christen würden diesen Grundsatz doch wohl anerkennen und sich dem Verbands der Zimmerer anschließen. Die Zugereisten erklärten sich auch sofort dazu bereit, fanden aber immer nicht die Zeit dazu, dem Verbands beizutreten. Der Vertreter des christlichen Bauarbeiterverbandes hatte diesen sechs daselbst gesagt, er schimpfte aber in grober Weise auf die Mitglieder des Verbandes der Zimmerer. Da die Beleidigung nicht zurückgenommen wurde, machten die Verbandsmitglieder, die nicht Lust hatten, unter solchen Umständen weiterzuarbeiten, Feierabend. Das zu tun war ihr Recht, und wenn der Unternehmer dabei Unannehmlichkeiten hatte, so mag er sich bei den Christlichen bekanken. Als die sechs wegen ihres Wortbruches zur Rede gestellt wurden, wurden sie frech, bedrohten die Verbandsmitglieder mit Prügel, und wenn es nicht zu einer Schlägerei gekommen ist, dann war das den Mitgliedern des Verbandes der Zimmerer zu danken. Doch die sechs waren einmal in rauflustiger Stimmung, ließen den Verbandsmitgliedern nach und schlugen sie von hinten mit Bierflaschen und einem Kreuzspidel. Einem Verbandsmitgliede wurde eine Bierflasche auf dem Kopfe zertrümmert. Die Kaufleute sind der Staatsanwaltschaft übergeben. Bei der gerichtlichen Aufhellung der Sache wird es sich zeigen, daß es mit dem Terrorismus der roten Zimmerer wieder einmal nichts ist.

Eine christliche Legende. Eine der am meisten gebrauchten Behauptungen in der christlichen Gewerkschaftsagitation ist die, daß dort, wo die christlichen Gewerkschaften dominieren, die Löhne durchgängig höher seien als dort, wo die freien Verbände ihre Kerntuppen haben. Ganz besonders wird diese Agitationsphrase vom christlichen Textilarbeiterverband gebraucht. Herr Schiffer sowohl wie die hundert kleinen und kleinsten Agitatoren tragen alljährlich tausendmal diese Behauptung in den Versammlungen vor, und alle ihre Zeitungen wiederholen sie von Zeit zu Zeit. Aber verfolgen wie die christliche Agitation ist auch die Behauptung von den hohen Löhnen in den christlichen Domänen. Es soll das bewiesen werden in der Darlegung der Lohnverhältnisse der Textilindustrie. Die christlichen Agitatoren stützen sich bei ihren Behauptungen auf die Ergebnisse der Rechnungsübersichten in den Berufsvereinigungen der Textilindustrie. Nun sind die Löhne nach diesen Angaben allerdings in den verschiedenen Distrikten des Reiches sehr unterschiedlich. Die rheinisch-westfälische Textil-Berufsvereinigungen verzeichnete im Jahre 1911 einen Verdienst von 927 Mark pro Kopf. Damit stand sie an der Spitze aller Textilberufsvereinigungen. Nach ihr folgte die norddeutsche Textilberufsvereinigungen mit 863 Mark, die sächsische mit 791 Mark, die elbische mit 778 Mark, die süddeutsche mit 714 Mark und die schlesische mit 627 Mark. In Rheinland-Westfalen dominiert der christliche Textilarbeiterverband; es könnte demnach scheinen, als ob tatsächlich in den christlichen Domänen die Löhne durchweg alle übrigen im Reiche überragen. Daß das nicht der Fall ist, wird sofort klar, wenn man die Löhne der rheinisch-westfälischen Textil-Berufsvereinigungen getrennt nach Sektoren betrachtet. Danach betragen pro Kopf die Löhne in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie: in Sektoren Barmen 1101,10 Mark, Elberfeld 1010,50 Mark, M.-Gladbach 897,20 Mark, Düsseldorf 884,30 Mark, Lennep 864,40 Mark, Aachen 860,90 Mark, Münster 830,60 Mark. Hier zeigt sich, daß die beiden Hochburgen der Zentrumsgewerkschaften, Aachen und das Münsterland, weit hinter dem von den freien Gewerkschaften beherrschten Barmen, Elberfeld, Düsseldorf usw. stehen, sie rangieren an letzter Stelle. Die Löhne in Aachen und Münster, diese beiden christlichen Domänen, stehen aber auch nur wenig über den Löhnen in Sachsen. Wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, die schlechtentlohnten sächsischen Oberläufer von dem übrigen Sachsen zu trennen, würde dieser Vorsprung sofort verschwinden. Bei Betrachtung der Arbeiterlöhne in den verschiedenen Distrikten ist jedoch die geschichtliche Entwicklung derselben mit zu berücksichtigen. Die linksrheinische Entwicklung der Textilindustrie wurde außerordentlich beschleunigt durch die Einverleibung in die französische Republik im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts. Die Nachfrage nach Arbeitern dazwischen und damit der Lohn stieg. Umgekehrt wurde die Entwicklung des übrigen Deutschlands gehemmt durch die Aufrichtung hoher Zollmauern um Frankreich und zum Teil durch die Kontinentalsperre. Noch besser wird der Rückstand der christlichen Domänen gekennzeichnet, wenn man die prozentuale Steigerung der Löhne ins Auge faßt. Prozentual sind die Löhne nach den Ergebnissen der Textilberufsvereinigungen gestiegen seit dem Jahre 1888

in Sachsen	von 515 M auf 791 M = 53 %
in Norddeutschland	„ 546 M „ 863 M = 58 %
in Schleisien	„ 415 M „ 627 M = 50 %
in Rheinland-Westfalen	„ 648 M „ 927 M = 43 %

In Elsaß und in Süddeutschland stiegen die Löhne nur um 32 resp. 29 %. Das Rheinland steht also in der Steigerung zurück hinter Sachsen und Norddeutschland. Aus alledem ist ersichtlich, daß die katholischen Arbeiter alle Ursache haben, zu prüfen, ob die christlichen Gewerkschaften den materiellen Aufstieg nicht eher hindern als fördern.

Die gelbe Bewegung im Ruhrgebiet. Die „Wirtschaftsfriedlichen“ blasen Trübsal. Ihr Organ, der „Wertverein“, nimmt zwar den Mund recht voll und spielt den Propheten, als wenn die Arbeiter den gelben Wertvereinen in hellen Scharen und voller Begeisterung zustimmen. Das ist aber nur auf den ersten Seiten des Blattes, auf denen es in Theorie macht. Weiter hinten kommt die Praxis, und die sieht ein bißchen anders aus. Da kommen nämlich die Schriftführer der gelben Wertvereine zum Worte und enthüllen in ihren Bekanntmachungen und Berichten von Vereinsversammlungen den ganzen gelben Jammer. Es ist immer daselbst, was aus den kurzen, trockenen Publikationen hervorgeht: Klagen über schlechten Besuch der Versammlungen, Klagen über schlechte Beitragsleistung, Mahnungen zur Abstellung dieser Uebelstände. Diese Mahnungen sehen aus wie Rezepte des seligen Dr. Eisenbarth. Die beiden letzten Nummern des „Wertvereins“ — 42 und 43 — enthalten eine Anzahl Berichte darüber, an welcher Krankheit die gelben Vereine leiden, und mit welcher Medizin sie wieder auf die Beine gebracht werden sollen. Der Wertverein Zeche Ludwig macht bekannt, daß die Beiträge auch beim Postier bezahlt werden können, nicht bloß in den Versammlungen. Der Wertverein Maagen erinnert seine Mitglieder an die Pflicht, die Versammlungen zu besuchen. Der Wertverein Ickern hat beschlossen, das Schwänzen der Versammlungen zu bestrafen bei Mitgliedern mit 10 Pf., bei Vorstandsmitgliedern mit 20 Pf. Wertverein Carlus Magnus: Vom November ab werden die Vereinsbeiträge vom Lohn abgezogen. Wertverein Krupp: Die Prämien zum Kruppischen Lebensversicherungsverein werden vom Lohn einbehalten. Wertverein Viktoria Mathias: Am 12. Oktober beschlossen, die Beiträge von jetzt ab vom

Lohn abzuziehen zu lassen. Bezirksverband Essen: Mitglieder, die sich der Krankenkontrolle entziehen, indem sie Anzüge nicht melden, werden von der Krankenkassette mit Abzug eines täglichen Krankengeldes bestraft. Wertverein Schacht Grillo: Wer länger als drei Monate die Beiträge schuldet, bekommt kein Krankengeld mehr und kein Sterbegeld. Wertverein Hannover-Hanibal: Mitglieder, die über drei Monate keine Beiträge zahlen, werden gestrichen, auch werden ihnen keine Kartoffeln, Zwiebeln und Aepfel mehr geliefert. — Wie man sieht, wissen sich die gelben Vereinshäuptlinge trefflich zu helfen. Wer nichts mehr mit ihnen zu tun haben will, den überantworten sie einfach der Zehnerverwaltung zur weiteren Behandlung. Ansehend werden die dummen Teufel, die in einer schwachen Stunde den Wertvereinen beigetreten sind, am ersten merken, daß die gute Konjunktur zu Ende geht. Wenn sie nicht parieren, werden sie gezwiebelt, einmal auf der Grube und dann nochmals im gelben Verein. Solange starker Arbeitermangel und Bedarf für Ueberständigen war, wurden sie gehätselt — nun sind sie die ersten, die Nachschläge kriegen. Inzwischen sollten die gelben Vereinsleiter nicht allzuviel darauf bauen, daß sie ihre schlapp gewordenen Soldaten wieder in die Front treiben können mit Strafen und Drohungen, denn erstens kommt es anders und zweitens als man denkt.

Soziales.

Die Wahlen zur allgemeinen Ortskrankenkasse in Chemnitz haben den Nationalliberalen, die eine Liste gegen das Gewerkschaftsstell aufgestellt hatten, keine Triumphe gebracht. In 26 Wahllokale wurden 26 581 gültige Stimmen abgegeben. Daraus entfielen auf die Liste I (Gewerkschaftsliste) 21 474, auf die nationale Liste II 5107 Stimmen. Liste I erhielt 33, Liste II 7 Vertreter im Ausschuss. Das Verhältniswahlrecht hatte die Wähler mobil gemacht. Die Stimmenzahl hat sich gegenüber der letzten Wahl mehr als verdoppelt. — Noch ehe das Resultat der Wahl bekannt war, hat das Gewerkschaftsstell beim Versicherungsamt Protest eingelegt, da infolge der umständlichen Listenführung, die das Versicherungsamt angeordnet hatte, von einer ordnungsmäßigen Wahl nicht die Rede sein konnte. Viele Hundert Wähler haben des großen Andranges in den Wahllokale wegen ihr Wahlrecht nicht ausüben können.

„Der Arbeitgeber“ und die Volksversicherung. Die von 30 privaten Lebensversicherungsgesellschaften gegründete „Deutsche Volksversicherung A. G.“ und die von Kapp geleitete „Öffentlich-Rechtliche Lebensversicherungsgesellschaft“, die beide der Volksfürsorge die Rundschaft abjagen sollen, das aber aus eigener Kraft nicht fertig bringen, trotz ihrer Verbindung mit den sogenannten nationalen Arbeitern, betteln einseitig seit Monaten in Zirkularen und in der Presse bei den Arbeitgebern um Hilfe. Die Arbeitgeber sollen ihre Arbeiter in die nationalen Versicherungsvereine zwingen, ihnen die Beiträge abziehen und so die Geschäfte der Gesellschaften besorgen. Um ihnen diese Rolle schmacht zu machen, stempelte man dieses Zutreibergeschäft zu einem „nationalen Kampf“ für die durch die sozialdemokratische Volksfürsorge bedrohte bürgerliche Gesellschaft. Lange hats nichts genützt. Die Unternehmer begnügen sich nicht mit unruhiger Arbeit. Endlich hat „Der Arbeitgeber“, das Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die Hilfesuchenden erbrüt und macht mobil. Aber sehr vorsichtig. Die gespaltene nationale Briterei macht ihm kein; er möchte es gern mit Kapp halten und mit Wosa nicht verderben, und kann doch der Unternehmern nicht zumuten, für beide die Geschäfte zu besorgen, da müßten die Arbeiter mehr verdienen. Er hat sich deshalb einen Artikel schreiben lassen, der sich um die Stellungnahme für die eine oder andere „nationale“ Gesellschaft herumdreht, um so forscher und freudiger aber den Auftrag erfüllt, die Volksfürsorge zu bekämpfen. In diesem Artikel warnt das Schafmacherblatt die nationalen Versicherungen vor allzu starker Betonung des „nationalen Moments“, in der richtigen Erkenntnis, daß damit bei den deutschen Arbeitern keine Geschäfte zu machen sind, bläst aber selbst stark in das nationale Horn, indem es u. a. schreibt:

Die neue Gefahr, die der bürgerlichen Gesellschaft von sozialdemokratischer Seite droht, ist nicht zu unterschätzen. Gerade das Unternehmertum hat ein hervorragendes Interesse daran, den sozialdemokratischen Einfluß in Staat und Gemeinde und insbesondere auch das weitere Erstarken der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Genossenschaften zu verhindern. . . . Jedenfalls sollte auch von der Arbeitgeberseite kein Mittel unversucht gelassen werden, den durch die Errichtung der Volksfürsorge für das Volkswohl und das Unternehmertum entstandenen Gefahren energig entgegenzutreten.

Wer laßt da? Volkswohl und Unternehmertum gefährdet durch die Volksfürsorge, die allem Volk eine billige Gelegenheit zur Versicherung geben will! Mit solchen Phrasen ist der Volksfürsorge allerdings nicht beizukommen, auch wenn sie in einem Unternehmerblatt angewendet werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Zur Breslauer Sittenaffäre. Vor der Breslauer Strafkammer beantragte am Dienstag abend der Staatsanwalt gegen den in die Sittlichkeitsaffäre verwickelten Großhändler Krobath drei Jahre Gefängnis. Zur Fortsetzung der Verhandlung am Mittwoch ist Krobath, der sich auf freiem Fuß befand, nicht erschienen. Er war auch in seiner Wohnung nicht angetroffen. Er soll Selbstmord verübt haben.

Ausfindig verurteilt. Im Sommer 1907 wurde die Witwe Ham aus Flandernbach in der Nähe von Elberfeld wegen Beihilfe bei der Ermordung ihres Mannes, des Landwirts Hamm, zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Mörder selbst blieb unermittelt. Vor einem halben Jahr glaubte man seine Spur gefunden zu haben, die zu verfolgen die Berliner Kriminalpolizei von der Staatsanwaltschaft Elberfeld ersucht wurde. Im Verlauf der Ermittlungen kamen sowohl Polizeirat Braun als auch der Chemiker Dr. Brünning von der chemischen Untersuchungsanstalt beim Berliner Polizeipräsidium zu der Entdeckung, daß der getötete Hamm das Opfer eines von ihm gestellten und sich zur Wehr setzenden Einbrechers geworden war. Nunmehr richteten die Geschworenen, die damals das Schuldig aussprachen, eine Eingabe an den Ersten Staatsanwalt in Elberfeld, in der sie ihn ersuchen, das Wiederaufnahmeverfahren zu beantragen.

Auf längere Zeit unschuldig gemacht ist der Busenfreund des Nordpriesters Schmidt in Neugort, Muret, der wegen Falschmünzerei zu 7½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Wenn eine Gräfin betrügt. . . . Vor der Strafkammer zu Frankfurt a. M. wurde am Mittwoch gegen die 57 Jahre alte Baronin Luile von Salbern-Abtlimb-Ringenwalde verhandelt, die angeklagt war, mit ihrem Sohn, dem Grafen Leopold von Salbern, in Wiesbaden im Jahre 1911 Hoteliers, Hotelportiers, Geschäftsleute usw. um insgesamt 7170 Mk. betrogen zu haben. Der junge Graf kam, wie unser Frankfurter Parteiblatt schreibt, nach Wies-

baden schon völlig ruiniert, hatte nahezu eine Million Schulden, stand im Konkurs und hatte den Offenbarungseid geleistet. Er wollte sich durch das in solchen Kreisen übliche Mittel einer reichen Petrat wieder flott machen. Und um die hier zu veranstaltende Verlobung baute sich der ganze Betrug auf. Eine Menge von Schmarobern und Abenteurern gefellte sich um die Familie Salbern und verbreitete geflüstert die Mär von dem fabelhaften Reichtum der Leute. Die Gräfin schrieb Wechsel, die nur zum Teil bezahlt wurden. Gegen den Grafen wurde im Frühjahr schon verhandelt; er wurde freigesprochen, weil ihn die Psychiater für „gestreikt“ erklärten. Er befindet sich jetzt auf dem Eichberg. Nach fünfständiger Verhandlung wurde die Baronin aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe beantragt. — Die beiden betrügerischen Familienmitglieder der von Salbern-Abtlimb-Ringenwalde hatten sehr einsichtsvolle Richter.

Wegen Spionage zum Tode verurteilt. Die Militärische Rundschaub berichtet aus Wien: Am 23. Oktober hat in Ugram die kriegsgerichtliche Aburteilung des russischen Staatsangehörigen Jan Koo p l o e t wegen Spionage stattgefunden. Koo p l o e t touchte 1912 in Ugram auf, nachdem er vorher in Petersburg seitens des russischen Generalstabes detaillierte Instruktionen für seine Tätigkeit in Kroatien erhalten hatte. Er bereiste als Agent für ein chinesisches Brevolat das Reich des XIII. Armeekorps und sammelte hier Daten für seine Auftraggeber. Die Militärbehörde veranlaßte alsbald die Verhaftung Koo p l o e t s. In der Untersuchung stellte sich heraus, daß Koo p l o e t mit dem Großen Generalstab in Petersburg tatsächlich in Verbindung stand. Ferner kam die Militärbehörde auf die Spur eines förmlichen Spionagenetzes, von dem die Mehrzahl der Mitglieder nach und nach unschuldig gemacht wurde. Da die Tätigkeit Koo p l o e t s in eine Zeit fiel, wo laut Militärstrafgesetz selbst Versuch zur Spionage mit dem Tode zu ahnden ist, mußte gegen Koo p l o e t das Urteil auf Tod durch den Strang lauten.

Aus Nah und Fern.

Die Ursachen der Katastrophe des „L 2“. Das Reichsmarineamt hat eine amtliche Darstellung über das Ergebnis der angestellten Ermittlungen über die Ursachen der Explosion des „L 2“ der Öffentlichkeit übergeben. Wir entnehmen dieser Darstellung folgendes: „Bildung eines Luftverdichtungsraumes in der vorderen Gondel, hervorgerufen durch die bei dieser Konstruktion erstmals angewandte Art des an der Vorderseite der Gondel befindlichen Schutzhirns. Ansaugen des an der Unterseite des Luftschiffes austretenden Gases. Entzündung des in die Gondel hineingelagerten Gasgemisches durch einen Funken am Motor. Die Entstehungsmöglichkeit einer solchen verhängnisvollen Sogwirkung bei diesem neuartigen Schutzhirm haben weder die Konstrukteure der Marine, noch die der Zeppelin-Gesellschaft vorausgesehen. Bis dahin hatte sich die bisherige Schutzhirmkonstruktion durchaus bewährt. In verschiedenen Veröffentlichungen haben Fachmänner und Laien ihre mutmaßlichen Ansichten geäußert und unkontrollierbare Gerüchte sind entstanden. So soll der mit dem Luftschiff umgekommene Maschinist Lajsch vor dem Aufstieg die Offiziere darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Motoren nicht in Ordnung seien. Die Offiziere aber hätten auf der Fahrt bestanden mit der Begründung der Anwesenheit der Abnahme-Kommission. Für die Wichtigkeit eines solchen an sich sehr wenig glaubwürdigen Vorganges fehlt nicht nur jede Unterlage, sondern es ist festzustellen gewesen, daß das Verhalten der Motore vor dem Aufstieg einwandfrei gewesen ist. Weiter soll die Zeppelin-Gesellschaft selbst und insbesondere der Luftschiffkapitän Glud die schwersten Bedenken gegen die angeblich von der Marineverwaltung geforderte Konstruktion des Luftschiffes, insbesondere gegen die Verlegung des Laufganges in das Schiff selbst gehabt haben. Dies trifft nach einer ausdrücklichen Erklärung der Zeppelin-Gesellschaft nicht zu. Die Verlegung des Laufganges in den Schiffkörper ist auch zuerst von der Zeppelin-Gesellschaft angeregt worden. Derartige Bedenken der Gesellschaft sind auch schon deshalb völlig ausgeschlossen, weil andernfalls die über die Konstruktion vertraglich bestimmende und für sie verantwortliche Gesellschaft ganz selbstverständlich weder die vorhergehenden Werkprobefahrten vorgenommen, noch der Marine das Schiff auf der Fahrt von Friedrichshafen nach Johannisthal unter Führung des Kapitäns Glud zur Abnahme vorgeführt hätte, noch endlich Kapitän Glud und seine Techniker als Vertreter der Gesellschaft an den weiteren Abnahmefahrten hätte teilnehmen lassen.“

Wie der Kaiserliche Automobilklub seine Interessen wahrt. In einem natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Schreiben an den Königlich-Sächsischen Automobilklub zeigen die Feudalisten der Feudalen, daß sie ihre gesellschaftliche Stellung im Interesse des Klubs recht gut zu verwerten verstehen. In dem Schreiben, das vom 17. September datiert ist, diktiert der Kaiserliche Automobilklub um die Unterstützung seines sächsischen Bruders in der Stellungnahme gegen eine Verordnung des sächsischen Ministeriums des Innern, die die Verwendung und Anbringung einer Auspuffklappe an den Automobilen verbietet. Diese Auspuffklappe ist in Sachsen verboten worden, weil der durch ihr Öffnen verursachte laute Knall und die dabei entströmenden verbrauchten Gase geeignet sind, die Passanten zu erschrecken und zu belästigen. Es ist natürlich das gute Recht der Kaiserlichen Automobilen, gegen eine behördliche Verordnung vorzugehen, aber es ist bemerkenswert, wie sie das tun. Nachdem in dem Schreiben darauf verwiesen, daß beim Reichsamt des Innern bereits Vorstellungen erhoben wurden, heißt es: „Es wäre sehr dankenswert, wenn die Herren des Klubs, welche auch gesellschaftliche Beziehungen zu den Herren im Königlich-sächsischen Ministerium des Innern haben, mit diesen in dieser Frage Fühlung nehmen würden, und zweifeln wir nicht, daß in diesem Falle ein guter Erfolg zu erwarten wäre.“ Danach scheinen schon recht gute Erfahrungen mit der Bewertung der gesellschaftlichen Beziehungen bei den Behörden gemacht worden zu sein. In dem Schreiben wird noch in einer anderen Angelegenheit um die „Einsparung“ des Königlich-sächsischen Automobilklubs bei der zuständigen Regierungsstelle gebeten. Den kaiserlichen, schwerreichen Automobilisten sind nämlich die Gebühren, die im Königreich Sachsen für behördliche Maßnahmen bei Ausführung der Bundesratsverordnung erhoben werden, viel zu hoch. In Preußen sind sie, wahrscheinlich infolge der „Einsparung“ des Kaiserlichen Automobilklubs, wesentlich niedriger. Wir möchten daher anheimgenben, auch diese Angelegenheit bei den persönlichen Verhandlungen mit den Herren im Ministerium zur Sprache zu bringen und würden einen wirklichen Erfolg aufs freudigste begrüßen.“ Hier zeigen sich die kaiserlichen Automobilen in ihrer ganzen Größe. Was von den Sachsen ohne Murren bezahlt wurde, das ist ihnen, die bei ihren glänzenden sportlichen Veranstaltungen gewiß nicht knausern, zu viel. Die Behörden sollen tun, was ihren Interessen entspricht. Was es recht sein oder nicht. Und die gesellschaftlichen Beziehungen müssen dazu helfen. — Das Antwortschreiben des Sächsischen Klubs vom 16. Oktober 1913 bringt den Berliner

Herren eine kleine Enttäuschung. Es wird Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident des Klubs, der alle nötigen Eigenschaften in sich vereinigende konservativ-nationalliberale Landtagsabgeordnete und Geheimrat Niethammer seine gesellschaftlichen Beziehungen beim Ministerium des Innern wohl ins Treffen geführt habe, aber zunächst keinen Erfolg buchen konnte, weil die Auspuffklappe Gegenstand einer demnächst in Berlin stattfindenden Beratung sein werde und weil die sächsische Gebührenordnung Gesetzeskraft habe und eine Änderung auf gesetzlichem Wege aussichtslos erscheine. Der famose Schriftwechsel läßt einen Blick in die Praktiken der feudalen Herren zu, nach dem man sich nicht mehr zu wundern braucht, daß die Klagen gewöhnlicher Sterblicher, wenn sie mit den Interessen hochmöglicher Kreise kollidieren, bei den Behörden so selten ein geneigtes Ohr finden.

Gegen die Staatskirche. In vier öffentlichen, äußerst stark besuchten Versammlungen in Berlin erklärten nach Referaten über das Thema „Massenstreik gegen die Staatskirche“ insgesamt 1328 Personen ihren Austritt aus der Kirche.

Mehr Bauarbeitersturz! Ein Gerüstesturz mit tödlichen Folgen ereignete sich am Montag nachmittag in Stuttgart. An einem Umbau Ecke Marien- und Sophienstraße stürzten vier Maurer mit einem drei Zentner schweren Quaderstein aus einer Höhe von etwa 10 Metern in die Tiefe. Der 28 Jahre alte verheiratete Maurer Jakob Wagner aus Göttingen war sofort tot. Der 24 Jahre alte Maurer Gottlieb Wagner — ein Bruder des Getöteten — und der 32 Jahre alte verheiratete Maurer Otto Zink von Wendlingen wurden schwer verletzt. Zink ist in der Nacht seinen schweren Verletzungen erlegen. Dagegen scheint der vierte Abgestürzte, der 55 Jahre alte Maurer Gottlieb Vogel aus Wendlingen, mit leichteren Verletzungen davongekommen zu sein. Bezeichnend für Stuttgarter Verhältnisse ist, daß die Bauarbeitersturmmission, als sie sich zur Orientierung über den Gerüstesturz an die Unfallstelle begeben wollte, von der Stuttgarter Polizei daran gehindert wurde! Nachträglich, nachdem das Unglück geschehen, hat man eine ausreichende Verstärkung des Baugerüstes vorgenommen!

Vom Schnellzug zermalmt. Mittwoch mittag fuhr der Kölner Schnellzug am Bahnhofsübergang in der Nähe des Bahnhofes Dormagen in einem mit zwei Pferden bespannten Karren, in dem zwei Invaliden saßen. Beide waren sofort tot, das Pferd blieb unversehrt.

Vom Vater ermordet. Auf einem Bauplatz in Paris wurden ein sechsjähriger und ein vierjähriger Knabe tot aufgefunden. Als Mörder meldete sich deren Vater, ein Bauarbeiter Savetier. Er gab an, daß er seine Frau, die an den Kindern sehr hing, für ihre Untreue strafen wollte. Deshalb habe er vor ihren Augen die Knaben umgebracht.

Vergiftet? In dem Orte Ottowind waren am letzten Sonntag bedürftige Erbteilung fünf in Nachbarorten mit Landwitten verheiratete Schwestern bei ihrem Bruder zusammengekommen. Später erkrankten vier Schwestern unter Vergiftungserscheinungen. Zwei von ihnen sind gestorben. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Die Verstorbenen sind die Landwirtsfrauen Taubmann aus Drossenhausen und Großmann aus Grattstadt.

Schweres Eisenbahnunglück. Als Mittwoch früh gegen 6½ Uhr bei nebligem Wetter ein Personenzug der Weichselbahn in Warschau die Brücke passierte, lief er auf die letzten Wagen eines zurückgehaltenen Arbeiterzuges auf. Ein Güterwagen und zwei Personenzugwagen wurden zertrümmert. Aus den Trümmern wurden 5 Tote und 37 Verletzte hervorgezogen; 5 von den letzteren wurden sterbend in das Militärkrankenhaus eingeliefert; zwei davon sind bereits verstorben.

Großes Aufsehen erregte in Prag die Enthüllung einer umfangreichen Korruptionssaffäre, in die ein großer Teil der Prager Stadtverordneten verwickelt sein soll. Den Kern der neuen Affäre bildet die Tatsache, daß die Gemeinde

für ein Gelände für eine Gasanstalt, das auf 800 000 Kronen geschätzt wird, 1½ Millionen Kronen bezahlte. Der Advokat Boutschel hat Strafanzeige wegen Verbrechen durch Annahme von Bestechungsgeldern eingereicht. Das Strafgericht hat bereits den Bürgermeister Dr. Groß und andere Stadtverordnete vorgeladen.

Vom heiligen Bureaucratismus. Aus Pirschberg in Schlesien wird der „Berliner Volkszeitung“ geschrieben: Es hatte ein junger Mann eine Österreicherin geheiratet, so daß auch die Ausfuhr von dort kam. Die Einführung einer Ausfuhr ist nach den geltenden Bestimmungen zollfrei, doch sind eine ganze Reihe Formalitäten zu erfüllen. Nach Erledigung dieser Formalitäten gab die lokale Zollbehörde die Sachen frei, sandte aber bestimmungsgemäß ein genaues Verzeichnis aller Gegenstände an die Oberzolldirektion. Dort fand ein findiger Beamter heraus, daß zwei in dem Verzeichnis aufgeführte Sachen von Rechts wegen nicht zu einer Ausfuhr gehörten. Es war dies eine Rolle weißes Papier. Die lokale Zollbehörde erhielt daher den Auftrag, den Zoll für diese beiden Sachen festzustellen und einzuziehen. Das junge Paar war nicht wenig erstaunt, als eines Tages zwei Zollbeamte in Uniform in der neu eingerichteten Wohnung erschienen. Sie verlangten, die beiden Rollen Wachs und Papier zu sehen; leider war dies nicht möglich, weil Wachs und Papier durch das Anbringen in den Schränken schon seine beabsichtigte Verwendung gefunden hatten. Schließlich wurde der Zoll für beide Gegenstände auf zusammen 10 Wfg. festgelegt, die Kosten der Zollerhebung aber auf 40 Wfg., so daß das junge Paar im ganzen 50 Wfg. zu zahlen hatte. — Wie teuer werden hier wohl dem Fiskus die 10 Wfg. Zolleinnahme gekommen sein?

Fliegerlos. Dem Flieger Brasse in Wanne wurde bei einem Fluge die Kappe vom Kopf gerissen. Er griff danach, ließ die Steuerung los und ein Sturzflug begann. Dabei riß ein Spanndraht der Höhensteuerung und das Flugzeug stürzte aus beträchtlicher Höhe ab. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert, der Flieger erlitt schwere Verletzungen.

Einen dramatischen Abschluß durch einen Mordversuch auf den eigenen Vater fand eine Verhandlung des Schwurgerichts in Bourges (Frankreich). Ein Bauer namens Gillardin war von seinen beiden Söhnen beschuldigt worden, seine Frau im Jahre 1909 ermordet zu haben. Als der Richter das Verdict der Geschworenen, das auf Freisprechung lautete, verkündete, stürzte einer der beiden als Zeugen anwesenden Söhne auf seinen Vater zu und feuerte einen Revolver schuß auf ihn ab. Gillardin hatte im Augenblick des Schusses die Geistesgegenwart, seine Hand schützend vor das Gesicht zu halten und kam mit einer Verletzung am Handgelenk davon. Die Zuschauer warfen sich auf den Sohn und wollten ihn lynchen. Erst einem großen Polizeiaufgebot gelang die Wiederherstellung der Ordnung. Der junge Gillardin wurde verhaftet.

Die Montagsnummer des „Vorwärts“ konfisziert. Der 1. Polizeibehörde in Wien hat es die „Vorwärts“-nummer vom Montag dem 20. Oktober angetan. Die Wiener Volksbuchhandlung hatte diese Nummer mit dem Bilde Napoleons I. vor den deutschen Fürsten in ihrem Schaufenster ausgestellt. Da auf diesem Bilde auch der Kaiser Franz Josef, allerdings nur als kleine Nebenfigur zu sehen war, fing die schwarzgelbe Polizeijecke an zu tochen. Ein ganzes Heer von Schutzleuten wurde aufgebötet, um die staatsgefährliche Nummer des „Vorwärts“ in allen Wiener Buchhandlungen, Zigarrengeschäften oder Kaffeehäusern aufzuklopfen. Gefunden wurde aber nur das Exemplar im Schaufenster der Wiener Volksbuchhandlung.

Krieg im Frieden. Bei Versuchen mit einer elfzölligen Haubitz auf dem Artilleriepolygon in St. Petersburg flog der hintere Verschluss ab. Das Geschöß flog zurück und explodierte dicht bei dem Geschütze. Ein Offizier und sieben Soldaten wurden schwer verletzt.

Der Sturzflieger Begoud stieg Mittwoch zweimal in Johannisthal auf; er überschlug sich etwa 15mal und flog längere Zeit mit dem Kopf nach unten.

Wiederum Feuer in der Center Weltausstellung. Am Mittwoch abend nach 7 Uhr brach in dem Stadtviertel Alflandern auf der Weltausstellung in Gent Feuer aus. Sieben Häuser wurden zerstört. Fünf Häuser stellten eine Reproduktion eines Holzhauses aus dem 16. Jahrhundert dar. In den anderen beiden Häusern waren ein Zigarrengeschäft und eine Restauration untergebracht. Der Schaden soll bedeutend sein. Das Feuer war nach Verlauf einer Stunde gelöscht. Das Stadtviertel Alflandern war die Wiederherstellung der interessantesten Gebäude und Plätze aus den verschiedenen Städten von Flandern.

Wenn Elemente wüten. Im Taff-Zal (Südwales) wütete Montag nacht ein Wirbelsturm, über den jetzt Einzelheiten vorliegen. Der Sturm hatte eine Breite von 250 Metern und richtete einen Sachschaden von einer Million Mark an. Kirchen, Kapellen und viele Häuser sind vollständig zerstört worden. Ein Mitglied eines Fußballklubs wurde vom Sturm zwanzig Meter weit durch die Luft getragen, gegen eine Mauer geschleudert und erlag seinen Verletzungen. Ein Kohlenarbeiter wurde von der Straße dreihundert Meter in ein Feld geschleudert, wo er tot aufgefunden wurde. Hunderte von Personen sind obdachlos und viele verletzt.

54 Personen ertrunken. Nach einer Meldung aus San Salvador haben dort ungewöhnlich starke Regenfälle stattgefunden, wodurch große Ueberschwemmungen verursacht wurden. Wie bisher festgestellt wurde, sind 54 Personen ertrunken, doch wird befürchtet, daß noch weit mehr umgekommen sind. Die Landwirtschaft hat großen Schaden erlitten. Der Eisenbahn- und der Telegraphenverkehr sind unterbrochen.

Drei Deutsche in der Fremdenlegion erschossen? Drei Deutsche, Friedrich Paul und Alfons v. Zeisel aus Dresden und Alfred Pössel, ein Bayer, wurden bei einer Weihnachtsfeier in der Fremdenlegion, bei der sie die Nacht am Rhein sangen, verhaftet und vor ein Standgericht gestellt unter der Beschuldigung der Meuterei. Friedrich Paul, v. Zeisel und Pössel wurden zum Tode verurteilt, Alfons v. Zeisel wurde, der „Stettiner Abendpost“ zufolge, unter Verschärfung der Prozedur zwölf Stunden in den heißen Sand gelegt. Die Nachricht stammt von drei Stettinern, denen die Flucht aus der Fremdenlegion gelungen ist. Wir geben sie unter allem Vorbehalt wieder.

Literarisches.

Protokoll des Parteitag's Jena 1913. Das Protokoll des Parteitag's ist soeben erschienen. Durch die Wichtigkeit der Beratungsgegenstände wird dasselbe sicher ganz besonderem Interesse begegnen. Die Verhandlungen über: Arbeitslosenfürsorge — Wehrvorlagen — Deckungsvorlagen — Massenstreik und vieles andere werden in den Reihen aller politisch Interessierten große Beachtung finden. Besonders auch die Arbeiterbibliotheken seien auf das Protokoll hingewiesen. Der Preis beträgt 2,50 Mark, gebunden 3,50 Mark, Vereinsausgabe 1,25 Mark, gebunden 1,75 Mark. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen.

In freien Stunden. Wochenschrift für Arbeiterfamilien. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis pro Heft 10 Wfg. Jede Woche erscheint 1 Heft.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint 1 Heft. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mk. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Expeditionen entgegen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Vertani lebender Butt
vom Boof aus
am Freitag, dem 31. Oktober
vormittags von 8 Uhr ab an der
Hofstenbrücke,
Eufiner Brücke,
Drehbrücke
und
Hütferforbrücke. 8154

Cari Rosehr
Erna Rosehr
Vermählte.
Für die stillen Gratulationen und
Geschenke sagen wir unsern herzlichsten Dank. (8154)

Für die uns beim Heimzuge
anterior haben Mutter erregende
Teilnahme sprechen wir hiermit
unsern tiefgefühlten Dank aus.
E. Röpke und Familie. 8146

**Tüchtige
Arbeiterinnen**
werden gesucht.
Heinr. Ihde Nachf. 7108
Töpferweg 63.

Eine Wohnung zum 1. Januar
von kinderlos' Eheleuten zu mieten
gesucht. Im Breite bis 200 Mk. ang.
unter K A 17 an die Exp. (8155)

Kommode zu kaufen gesucht
Angebote mit Preis unter H 31
an die Expedition d. Bl. (8155)

Weckuhren
von 1.85 Mk. an
empfiehlt (8153)
Willi Westfahl
32 Holsten- 32
strasse

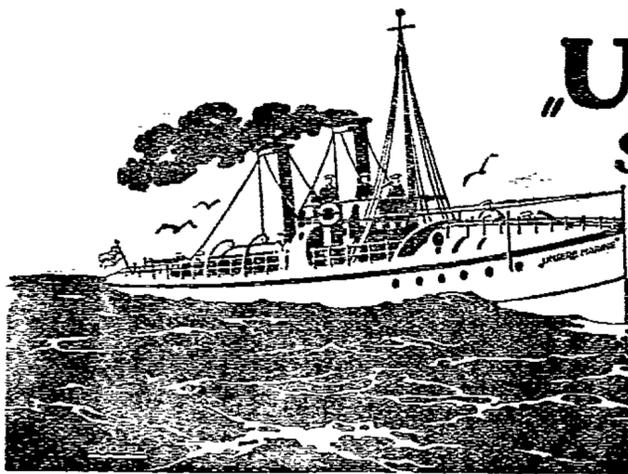
Ein H. niedl. Hund n. d. Lande
in gute Hände für 3 Mk. abzug.
S155) Percevalstraße 47, II.

Rechnungsformulare
Buchdruckerei des Süb. Volksboten.
Johannisstraße 46. 7108

Ragoda
Tausendfach bewährtes
selbsttätiges
Schnell-Waschmittel
Unversehrter 1 Pfund nur 55
für viele Anerkennungschriften

August Bebel
ein Lebensbild von Herm. Wendel
ist erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46. — Preis 50 Wfg.

Die Hauptmarke!
„Unsere Marine“
Schlager in Qualität.
Die beste 2 Pf. Cigarette



GEORG A. JASMATZKA G. DR. DEN
Größte deutsche Cigarettenfabrik

8140

H. E. Kochs Möbelhäuser
Lübeck, Marlesgrube.
5 Geschäftshäuser.

Langjährig bekannt durch die große Auswahl gut und
dauerhaft gearbeiteter Möbel und billigen Preise.

Komplette Aussteuern

in allen Preislagen vorrätig von etwa 200 Mk. an. Bessere
zu ungefähr 250 — 300 — 400 — 500 Mk. und höher.

Serner in großer Auswahl u. sofort zu liefern:

Kommoden! Kommoden!

elegant und hübsche Beschläge, wie solche von jungen Mädchen
gerne gekauft werden, zu 20 Mk., 21 Mk., 23 Mk., abzügl. 5% Rabatt.

Außerdem andere Möbel, als: Kleiderschränke, Bettstellen,
Küchenschränke, Sofas, Anzuchtische, Sofatische.

Stühle! Stühle! Stühle!

zu allen Preisen und für jeden Raum passend.
Neu eingetroffen eine große Sendung hübscher Bilder,
ff. eingerahmt, sehr billig.
Fordern Sie Möbel-Kataloge mit Abbildungen u. Preisen,
welche frei zugesandt werden. 8162